

Metallarbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 5047 a.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Klotzstraße Nr. 16 b.
Telephonruf Nr. 3392.

Inserate
für die sechsgespaltene Solofeldseite oder deren Raum 80 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

Arbeiterbewegung und Klassenkampf.

Auf dem vielbesprochenen „ersten deutschen Arbeiterkongress“ der „christlichen“ und „nationalen“ Arbeiter, der in Frankfurt a. M. abgehalten wurde, ist wieder der Klassenkampfcharakter der Arbeiterbewegung geleugnet worden. Schifferstrefeld forderte in seiner Resolution, betreffend das Koalitionsrecht zc., „alle unorganisierten deutschen Arbeiter zum Beitritt zu jenen gewerkschaftlichen Organisationen auf, die nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehen“. Solche „Arbeiterorganisationen“ gibt es ja in der Tat, es sind die konfessionellen Organisationen, wie katholische Gesellenvereine mit dem Kaplan als Präses an der Spitze, die katholischen Männer- und Jünglingsvereine mit einem Pfarrer oder ähnlichem „Arbeiter“ als Vorsitzenden, die evangelischen Arbeiter-, Männer- und Jünglingsvereine mit Pastoren zc. als leitenden Geistlichen. Alle diese Vereine sind in der Tat keine Klassenkampforganisationen, wenigstens keine proletarischen, denn sie sind schon gegen die Interessen der Arbeiterklasse als Schutztruppen des Geldsacks, der „Ordnung, Sitte und Religion“ ins Feld geführt und so mißbraucht worden.

Etwas anderes ist es aber mit den „christlichen“ und „nationalen“ Gewerkschaften, deren Mitglieder und Leiter ausschließlich Arbeiter und die die Befreiung von Mißständen in Fabriken und Werkstätten, Arbeitsverkürzungen und Lohn-erhöhungen anstreben, gegen Lohnreduktionen und andere Verschlechterungen und Arbeitsbedingungen sich wehren und so Klasseninteressen vertreten und Klassenkämpfe führen. Und diese Tätigkeit entfalten in der Tat diese Gewerkschaften ebenfalls, sie stehen demnach ebenso auf dem Boden des Klassenkampfes wie die freien Gewerkschaften. Wenn aber die christlich-nationalen Gewerkschaftsführer trotzdem von ihren Organisationen sagen, daß sie nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, wie sie das in Frankfurt a. M. getan, so setzen sie sich dadurch mit den Tatsachen in Widerspruch und sie bekunden dadurch eine solche theoretische Rückständigkeit und Einsichtslosigkeit, daß ihnen nur dringend angeraten werden kann, von nun an weniger das Gebetbuch und dafür mehr nationalökonomische, sozialpolitische und sozialwissenschaftliche Bücher zur Hand zu nehmen, um daraus etwas zu lernen und sich für ihre Rollen als Gewerkschaftsführer zu befähigen, während sie sich heute, wie dies Schiffer und anderen in Frankfurt a. M. passierte, mit ihren verständnislosen Reden vor allen Urteilsfähigen nur blamieren. Da haben die kapitalistisch-junkerlich-pfäffischen Drahtzieher in der Zentrumsparthei, wie zum Beispiel der berühmte Baron Savigny, ganz anderes Verständnis für den Klassenkampfcharakter auch der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung; Savigny und im Bunde mit ihm die Bischöfe erörtern gegen die reine Gewerkschaftsbewegung und führten vor mehreren Jahren einen förmlichen Feldzug — einen Klassenkampf — gegen sie, zu dem Zwecke, sie wieder auszurotten und nur

lauter „katholische Arbeitervereine“ unter der bewährten Leitung der unvermeidlichen Kapläne als Präsidios zu gründen. Aber auch die Art, wie die frommsten katholischen Unternehmer und Ausbeuter ihre christlichen und unchristlichen Arbeiter behandeln, wie sie ihrer gewerkschaftlichen Organisation gegenüberstehen, die Gleichberechtigung der Arbeiter als Kontrahenten des Arbeitsvertrags mit Füßen treten; wie ferner die von reichen Zentrumsherren herausgegebenen Zeitungen durchwegs in allen Fragen auf Seite der Unternehmer stehen und die Ansprüche der Arbeiter gemeinsam mit den Ausbeutern bekämpfen, eine brutale arbeiterfeindliche Geldsackpolitik betreiben; wie sie selbst als „Heher“, „Unruhe- und Unfriedensstifter“ verhetzt und verlästert werden, sollte den christlichen Gewerkschaftsführern die Einsicht einbläuen, daß es ein Klassenkampf, nicht ein vereinzelt vorkommender Kampf einzelner mit einzelnen ist, der sich da alltäglich zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Unternehmern und Arbeitern, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuterten, zwischen Besitzenden und Besitzlosen abspielt.

Hört man den Unverstand der christlichen Gewerkschaftsführer und ihrer gesamten bürgerlichen Gönner, denen es nur um das verächtliche römische „divide et impera“, um das Teile und Herrsche, um die Forderung und Aufrechterhaltung der Zerrissenheit und Unetnigkeit der Arbeiter zum eigenen Nutzen zu tun ist, über den Klassenkampf schwätzen, so könnte man meinen, es handle sich dabei um eine besonders bodenlose Schleichheit der Sozialdemokratie, die nur für ihre verruchten Zwecke den Klassenkampf eigens erfunden hat. In Wahrheit verhält es sich so, daß die Sozialdemokratie den Klassenkampf nicht nur nicht erfunden hat, sondern daß sie selbst das ureigenste Produkt des Klassenkampfes ist. Der Boden des Klassenkampfes wird von den Klassengegensätzen gebildet, die heute von niemanden mehr geleugnet werden. Mit der Anerkennung der Klassengegensätze wird ohne weiteres auch das Vorhandensein von Klassen, der Zwiespalt der Gesellschaft anerkannt. Hat man die Klassengegensätze erkannt, so hat man damit auch das Klassenbewußtsein erlangt und ist so in der Lage, mit klarem Bewußtsein die Wahrnehmung der Interessen seiner Klasse gegenüber der anderen Klasse betreiben zu können. Auf Seite der Besitzenden und Herrschenden war stets ein klares Klassenbewußtsein vorhanden, leider aber nicht auf der Seite der Besitzlosen und Beherrschten und ihre Auflehnung gegen die Unterdrücker war daher wohl ein tatsächlicher, aber nicht bewußter Klassenkampf. In dieser Lage befindet sich auch heute noch die „bürgerliche Arbeiterbewegung“, deren Vertreter mit kindlicher Unentwickeltheit der Welt verkünden, daß sie nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, um ein Merkmal zur Untercheidung von der Sozialdemokratie aufzustellen und sich ihren bürgerlichen Gönnern als der getreue Eckardt des Geldsacks in empfehlende Erinnerung zu bringen. Die Leugnung des Klassenkampfes gleicht dem bekannten Zitat: „Somme, siehe still!“ und die Begeisterung

der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiterbewegung durch jene Armen im Geiste der Verfolgung und Folterung der Galilai, Kopeznikus und anderer durch das unwissende fanatische Pfaffenstum. Haben übrigens die Schiffer und Konsorten schon einmal von Unternehmerorganisationen, wie etwa von dem berüchtigten Schafmachersverband, dem Verband der Kühnenmänner zc. die Proklamation vernommen, sie ständen nicht auf dem Boden des Klassenkampfes? Jede Unternehmerorganisation ist eine Klassenkampforganisation und sie wäre es auch dann, wenn sie es nach dem Vorbild der kindlichen „Christlichen“ bestritten würde.

Wie wenig der Klassenkampf eine Erfindung der Sozialdemokratie ist, hat in klassischen Sätzen Karl Marx im „kommunistischen Manifest“ nachgewiesen. Er schreibt daselbst: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Geselle, kurz, Unterdrücker und Unterdrückte standen in jenen Gegensatz zu einander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen. In den früheren Epochen der Geschichte finden wir fast überall eine vollständige Gliederung der Gesellschaft in verschiedene Stände, eine mannigfaltige Abstufung der gesellschaftlichen Stellungen. Im alten Rom haben wir Patrizier, Ritter, Plebejer, Sklaven; im Mittelalter Feudalherren, Vasallen, Zunftbürger, Gesellen, Leibeigene und noch dazu in fast jeder dieser Klassen wieder besondere Abstufungen. Die aus dem Untergang der feudalen Gesellschaft hervorgegangene moderne bürgerliche Gesellschaft hat die Klassengegensätze nicht aufgehoben. Sie hat nur neue Klassen, neue Bedingungen der Unterdrückung, neue Gestaltungen des Kampfes an die Stelle der alten gesetzt. Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.“

Hat die Sozialdemokratie, wie Marx zeigt, die Klassengegensätze und den Klassenkampf nicht erfunden, so ist es auch nicht ihr Ziel, sie aufrecht zu erhalten und zu verewigen, wie offenbar den christlichen Gewerkschaftlern in ihrem kindlichen Gemüt vorzschwebt. Im Gegenteil ist für sie der Klassenkampf nur das Mittel zum Zweck, zur Erreichung des Endziels, das in der Beseitigung der Klassengegensätze, in der Aufhebung der Klassen und in der Beendigung des Klassenkampfes besteht. Um das einzusehen und zu begreifen, muß man freilich etwas lernen, muß sich Wissen, Einsicht und Urteil aneignen, um nicht anderen das dümmste Zeug gedankenlos nachplappern zu müssen. Und darum können wir den Schiffer und Konsorten nur dringend empfehlen, weniger zu beten und weniger an

Ein Betriebsunfall und seine Folgen.

Von E. G.

II. Ein Musterfall nach dem Gewerbeunfallversicherungs-gesetz.

Seider sollte Frey früher an sein gegebenes Versprechen erinnert werden als ihm selbst lieb war. Kaum waren einige Wochen wieder ins Land gegangen, als aus dem Kesselraum der Firma Schneidig & Co. ein markterlösender Schrei erklang. Die zunächst Arbeitenden ritten schnell herbei; es bot sich ihren Augen ein entsetzlicher Anblick dar. Der 38 Jahre alte Maschinist Kober war augenscheinlich vom großen Dreiradmotor des Motors erfaßt und in die Höhe gezogen worden, so daß er an die Decke gedrückt, leblos herabgefallen war. Nistreich, ohne Klage und Geschrei, bemähten sich seine bestützten Mitarbeiter um den Schwerverletzten. Telephonisch rief man den nächstwohnenden Arzt herbei. Inzwischen trug man den Verletzten in den Hof der Fabrik, um ihn notdürftig zu entleiden, das hervorquellende Blut stillen zu können. Doch vergeblich wartete man auf den verlangten „Verbandskasten“, in welchem sich doch Watte, Verbandstoffe zc. befinden sollte. Als man endlich den bewußten Kasten gefunden hatte, der doch laut Vorschrift und „Extra-Anordnung“ der Direktion stets zur Hand sein sollte, zeigte es sich, daß er — leer war! „Eine schöne Wirtschafft das“, brumnten die harrenden Samariter, doch der „Alte“ tat verlegen, als ob er kein Wort verstanden hätte. Zum Glück kam der gerufene Arzt, der ahnungsvoll sich in Eile eine Quantität Verbandzeug eingekauft hatte. Schnell war jetzt ein Notverband angelegt und der Schwerverletzte auf Befehl des Arztes in das zunächst gelegene Krankenhaus transportiert, da der Arzt bei der Schwere der Verletzung ein Verbringen in die Wohnung des Verunglückten für unstatthaft hielt.

Frey erbot sich freiwillig, der Familie des Verunglückten die schredliche Botenschaft zu überbringen und nach Möglichkeit Trost zu spenden. Er traf im vierten Stocke einer Mietskajerne die ahnungslose Frau des Verunglückten an, die Vorbereitungen für das Abendessen ihrer aus 5 Köpfen bestehenden Familie traf. Erschrocken starrten dem fremden Mann die Augen von 6 Kinderchen entgegen, von denen das jüngste kaum zwei Jahre alt war. Frey versprach der stillweinen Frau, sofort nochmals in das Krankenhaus zu eilen und dann wieder Antwort zu bringen, wie es dem Vater ergehe. Doch war es den Ärzten unmöglich, an diesem Abend schon bestimmte Auskunft zu geben, da außer der schweren Kopfverletzung auch eine

Verletzung des Hüftgürtels konstatiert wurde. Erst am folgenden Morgen wurde der armen Frau im Spital der einigermaßen beruhigende Bescheid, daß Lebensgefahr nicht vorhanden sei und nach wochen- oder vielleicht monatlanger Pflege eine Wiederherstellung des Verunglückten in Aussicht stehe. Auf Anraten Freys, der in der Mittagspause zu der Familie des Verunglückten geeilt war, begab sich Frau Kober auf das Bureau der Ortskrankenkasse, bei ihr Ehemann auf Grund seiner Beschäftigung in der Firma Schneidig & Co. ein Mitglied angehörte. Hier wurde ihr der Bescheid, daß der Kassenarzt, Dr. Richter, der die erste Hilfe geleistet hatte, schon den „Fall“ der Kasse gemeldet habe und es sei bereits nach Prüfung des Antrages dem Krankenhaus ein Garantieschein über die Pflegekosten von zwei Mark pro Tag bis zum Ablauf der ersten dreizehn Wochen ausgestellt. Einigermassen beruhigt verließ die schwergeprüfte Frau das Bureau, nachdem ihr noch aufgegeben wurde, alle Samstag das für ihre Familie zustehende Krankengeld zu erheben. Frey erklärte der Frau nach einigen Tagen auf ihr Befragen, daß sie zum Abheben des Krankengeldes keinen Schein vom Arzte nötig habe, da ja der Verletzte sich im Krankenhaus befinde. Sie habe allwöchentlich die Hälfte des Krankengeldes zu beanspruchen, das ihrem Ehemann nach den Statuten der Kasse zustehet. An der Hand der Statuten erklärte er der Gesetzesunkundigen Frau, die zum ersten Male ein Kassenstatut in Händen hatte, daß ihr Ehemann der Ortskrankenkasse in Lohnklasse I angehöre, das Krankengeld 14,40 Mk. pro Woche betrage, folglich allwöchentlich 7,20 Mk. Unterstützung von der Kasse erhalte. Eine Wohlthat für die Familie war es dann, daß der Verletzte jahrelang verforglich schon der „Metallarbeiterkrankenkasse“ noch als Mitglied angehörte und aus dieser ihm noch ein Zuschuß zum Krankengeld von 13,80 Mk. pro Woche zustand, so daß der Lohnausfall doch nicht so schmerzhaft verspürt wurde.

In der Fabrik der Firma Schneidig & Co. hatte man inzwischen die Anordnung des „bedauerlichen“ Unfalls, wie der Chef ägerlich meinte, gemacht, indem man den bewußten gelben Bogen der Polizeibehörde und der Süddeutschen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft in Sektion VI zu Mainz überlieferte. Gar wichtig teilte das „gelegentlich“ der Alte dem Distriktsklub dann mit, um den Beweis zu liefern, daß die Firma damit ihre gesetzliche Pflicht genügt habe. An eine Fortzahlung des Lohnes, wenigstens für die ersten paar Wochen an die Familie des Verletzten, der zwölf Jahre im Betrieb tätig war, war natürlich nicht zu denken. Der Chef, dem noch andere Gedanken im Kopfe herumgingen, sollte einen diesbezüglichen Vorschlag des Profuturisten abgelehnt haben, da die Familie ja jetzt Krankengeld und

später ja Unfallrente erhalte; der Betrieb ohnedies durch die „hohen Beiträge zu diesen Kassen genug belastet“ würde.

In der vierten Unfallwoche erklärte Frey dann der Frau des Verletzten, daß sie am kommenden Samstag bei der Kasse Anfrage halten sollte, ob die polizeiliche Anmeldung des Betriebsunfalls dort schon eingetroffen sei, da erst dann die Krankenkasse ihr das erhobte Krankengeld auf 66% Prozent des Lohnes der Klasse, in der der Verletzte versichert war, auszahlen dürfe. Nach dem Geheiß müsse ihr vom 29. Unfalltag an das Krankengeld von 7,20 Mk. auf 8 Mk. erhöht werden bis zum Ablauf der ersten dreizehn Wochen. Da die Krankenkasse noch keine Meldung von der Polizei in Händen hatte, so schrieb diese auf Wunsch der Frau an diese Behörde, so daß ihr dann bei der nächsten Krankengeldauszahlung das erhöhte Krankengeld ausbezahlt werden konnte.

So verstrichen zehn volle Wochen, bis der Familie aus dem Krankenhaus die Botchaft wurde, daß der Verunglückte in den nächsten Tagen wieder das Bett auf mehrere Stunden am Tage verlassen könnte. Beim nächsten Besuch fanden die Kinder den Vater schwach und bleich vor, wie er sich abmühte an Kräften den Krankenjaal zu durchwandern. Langsam befreite sich der Zustand des Verunglückten, so daß er, voll Sehnsucht nach seinem Familienleben, Heim zc. in der zwölften Unfallwoche an den Oberarzt die Bitte richtete, doch nach Hause entlassen zu werden. Nach längerem Sträuben erhielt er dann endlich drei Tage später die Erlaubnis aus dem Spital zu „gehen“ und holte ihn auf Wunsch der Frau ein Wagen ab, nachdem ihm ein Entlassungsschein mit dem Vermerk: „Ungeheilt, auf Wunsch entlassen“ eingehändigt worden war. Frey war sofort wieder zur Hand, da, wie er bemerkte, jetzt der Verletzte seine Hilfe am nötigsten habe. Auf seinen Rat bestellte Frau Kober den nächstfolgenden Kassenarzt Dr. Flink, der den Verunglückten nach erfolgter Untersuchung ebenfalls noch für vollständig erwerbsunfähig befand und Verhaltungsmaßregeln gab. Frey erbat sich von diesem Arzte ein kurzes Attest über den Befund und schrieb dann für den Verunglückten folgenden Brief:

F. d. 14. März 02.
An die Süddeutsche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft zu Mainz.
Unfallsache: Friedrich Kober, Maschinist.
Der Unterzeichnete ist am 18. Dezember 1901 im Betrieb der Firma Schneidig & Co., Maschinenfabrik dahier, schwer verunglückt. Am 15. März 1902 wurde ich aus dem Städtischen Krankenhaus dahier entlassen und bin ich, wie das beigefügte Attest meines be- züglichen behandelnden Kassenarztes, Herrn Dr. Flink, beweist, nach

Gängelband von kapitalistisch-junkerlich-feudalen Drahtziehern sich leiten zu lassen, dafür aber um so mehr zu lesen, zu denken und selbständig zu werden.

Die Krisis in der italienischen Metallindustrie.

(Aus dem römischen Quanti.)

In den Nationen, in denen den Unternehmern der Metallindustrie freie Konkurrenz gestattet ist, befindet sich diese Industrie in steter Entwicklung und gewährt ihren Arbeitern lohnende Beschäftigung, so daß sie bei der vermehrten Nachfrage nach Arbeitskräften in der Lage sind, ihre eigenen Interessen geltend zu machen.

Die Hauptursache der Krisis, die die italienische Metallindustrie in dieser Zeit der Profitgier und des kühlen Berechnens durchzumachen hat, ist in der Unfähigkeit der italienischen Bourgeoisie zu suchen, die nicht einmal imstande ist, ihre eigenen Obliegenheiten zu erfüllen und lieber auf bleiernem Fuß herumlauten möchte, als ihre Kapitalien in industriellen Unternehmungen anzulegen.

Anstatt sich wie jeder andere intelligente Mensch die Naturkräfte sowie die Fortschritte der Technik und Mechanik zu nütze zu machen, um auf diese Weise höheren Gewinn zu erzielen, versucht die italienische Bourgeoisie durch allerlei unehrliche und unerlaubte Mittel die angelegten Kapitalien zu vergrößern.

In der Tat ist die italienische Metallindustrie durchaus entwicklungsfähig und in der Lage, sich durch eigene Produktion der benötigten landwirtschaftlichen und anderer Maschinen vom Ausland gänzlich unabhängig zu machen.

Die fortwährend wechselnden Regierungen haben in ihrer Kurzsichtigkeit geglaubt, daß sie mit der falschen und jesuitischen Versicherung, die nationale Industrie erfreue sich des Schutzes der Regierung, jede ausländische Konkurrenz ausschließen können.

Derzeit dient der Schutzzoll nur dazu, daß die parasitischen Spekulanten die wahnsinnigsten und unehrlichsten Börsenmanöver unter dem Deckmantel des Patriotismus auszuführen vermögen.

Alles dieses ist die Frucht des Protektionismus, gestützt durch die interessierten Kapitalisten unter dem Vorwand, die einheimische Industrie zu schützen und zu verteidigen, in Wahrheit aber, um die schamlosesten Ausbeutungen begehen zu können und die berechtigten Interessen der Arbeiter mit Füßen zu treten.

Jetzt, nachdem die Krisis hereingebrochen ist, bleiben

diese Parasiten auch nicht ruhig, sie machen Front gegen Ferri und die sozialistische Partei, wobei sie von der reaktionären Presse kräftig unterstützt werden; sie sind frech genug, den Verfall der italienischen Metallindustrie auf die Angriffe Ferris zurückzuführen.

Und heute hat dieser vereinigte Kapitalismus noch die Schamlosigkeit, in heuchlerischer Weise das traurige Schicksal der arbeitenden Klasse zu beklagen, während er in strupeloser Weise und ohne jede Rechtfertigung tausende und aber tausende von Arbeitern zur Arbeitslosigkeit verdammt und sie damit ins Elend stürzt und dem Hunger preisgibt.

Ernesto Berzi, Sekretär des Nationalverbandes des Metallarbeiter.

Scharfmachereien der Eisen-Zeitung.

In dem kapitalistischen Hez- und Scharfmacher-Konzert, das wochenlang gegen unsere streikenden Berliner Kollegen aufgeführt wurde, hat sich die alte Tante als behende Solistin vernehmen lassen. In dem betreffenden Leitartikel wurden zunächst die von den Gürtlern und Drückern gestellten Forderungen angeführt und in den ganzen weiteren Ausführungen wurde mit keinem einzigen Worte ihre Berechtigung bestritten, sie also stillschweigend anerkannt.

Über auch der Widerstand der Unternehmer gegen die Forderungen der Arbeiter wurde mit keinem Worte sachlich zu rethorikertigt versucht.

Der übermüthige Scharfmacher der „Eisen-Zeitung“ schließt seine Stillübungen: „Das Arbeitgebertum kann jedoch aus dem Berliner Kampf wieder die immerhin trostreiche Lehre mitnehmen, daß ein fester, ehrlicher Zusammenhalt noch immer imstande ist, auch der wildesten Agitation einen Damm entgegenzusetzen.“

Auf dem kürzlich in Wien abgehaltenen Gesamtparteitag der österreichischen Sozialdemokratie stand auch die Alkoholf

frage auf der Tagesordnung, worüber Dr. Fröhlich ein ausführliches Referat erstattete.

Es ist heute das erste Mal, daß die Alkoholf

frage der Tagesordnung unserer Parteitage bildet.

Man nächsten Tage begab sich der Heimgekehrte sofort zum Kassen

arzt Dr. Fink, um sich wieder eingehend untersuchen zu lassen.

Der Arzt erklärte, daß er keine Besserung konstatieren könne, tröstete aber

den Verletzten, daß die „Zeit“ schon die gewünschte Besserung des

Zustandes bringen würde. Zu Frau Kober äußerte sich jedoch der

Arzt, daß sie ja dem Zustand ihres Mannes volle Aufmerksamkeit

schenken möge, da in den letzten Wochen eine bedeutliche Ver-

schlimmerung eingetreten sei. Überrascht waren aber wohl alle, als

die Post einige Wochen später den bekannnten Vorbescheid und dann

den Einschreibebrief brachte, worin die Berufsgenossenschaft kal-

thilistisch erklärte, daß die Rente des Verletzten vom nächsten Monat

an auf 50 Prozent ermäßigt werden sei, da nach dem ausführlichen

Gutachten des Anstaltsarztes Dr. Fertig eine wesentliche Besserung

in dem Zustand des Verletzten eingetreten wäre. Kober erhielt

also künftig nur 41,25 Mk. pro Monat Rente, da die Berufsgenossen-

schaft bekanntlich das Recht haben, ohne Urteil die Rente herab-

zusetzen. Frey gab nun dem Verletzten den Rat, sich ein ausführ-

liches Gutachten vom Kassenarzt über seinen derzeitigen Zustand

ausfertigen zu lassen, da er dann auf Grund dieses Attestes die

Verurteilung an das Schiedsgericht aufzertigen würde. Nach längerem

Sträuben gab dann der ängstliche Alexter Standesrichtigen vor-

schubende Kassenarzt endlich ein kurzgehalteneres Attest, das latonisch

die volle Erwerbsunfähigkeit Kobers bestätigte. Mehr war trotz

allen Wiltens des Verletzten von dem „sonst so liebenswürdigen“ Kassen-

arzt nicht zu erlangen. Auf Anraten Freys stellte sich der Verletzte

noch zwei weiteren bekannten Ärzten vor, die in der Bewertung von

rechnete war die Rente von der 14. Woche an und die erhaltenen

30 Mk. Vorzuschuß waren in Abzug gebracht. Frey füllte nun auf

Wunsch des Verunglückten, der sich auch gar nicht in dem Zahlen-

wesen zurecht finden konnte, wie er bemerkte, die ersten zwei Renten-

scheine aus. Der erste Schein erhielt die Restsumme der Rente bis

30. April 1902, der zweite Schein die Rente für den Monat Mai,

die nach dem Gesetz ja im Voraus bezahlt wird. Auf Anweisung

Freys kumpelte dann der Vermögensdiener auf das zuständige Polizei-

revier seines Bezirkes und ließ sich da die Unterschrift beglaubigen

und erhob dann am Tage darauf das Geld auf der Post.

Mitte Mai ließ Kober schon Frey bitten, doch einmal zu ihm

zu kommen, da schon wieder ein „neuer Vorbescheid“ von der „Anstalt“

da sei. Das Schicksal enthielt bloß die Besetzung, nächster Tage

vormittags 10 bis 11 Uhr bei dem Kreisarzt Dr. Pfiffing sich vor-

zustellen. Frey behauptete den geungünstigen Vermögensdiener, daß er dieser

Besetzung Folge leisten müsse und dieser sich ja von der völligen

Erwerbsunfähigkeit überzeugen würde. Im Wartezimmer dieses

Gemeinigen fand Kober noch sechs Vermögensdiener, die alle der Ent-

vollständig erwerbsunfähig. Ich habe eine Familie von Frau und fünf Kindern im Alter von 2 Jahren, 4 Jahren, 6 Jahren, 7 1/2 und 9 Jahren zu ernähren und erlaube deshalb, der zugehörigen Krankenkasse, die nächste Woche die Auszahlung des Krankengeldes einstellen wird, das Heilverfahren über die 12. Unfallwoche hinaus zu übertragen. Bald gefälligen Bescheid erwidern

Hochachtungsvoll Friedrich Kober, Bergstraße 114 IV.

So unterzeichnet schickte Kober das Schreiben gleich an die Berufsgenossenschaft ab; bei der nächsten Straßengelddzahlung erfuhr aber seine Frau, daß die Kasse nach keine Anweisung von der Berufsgenossenschaft erhalten habe. Wieder schrieb Frey einen Brief, dann eine Postkarte mit dem Inhalt, doch dem Verletzten einen Heilungsverzicht anzuerkennen, wenn die Ermittlungen über den Unfall doch nicht beendet seien, da doch die Familie ohne Krankengeld jetzt die Not leiden würde. Nach weiteren acht Tagen kam ein Vorbescheid vom 30. Mai, der auf der Post erhoben werden konnte, wie es auf dem Scheine hieß. Nachdem die zweite Postkarte abgegangen war, kam endlich der erste Heilungsverzicht, oder wie Frey den Vermögensdiener behauptete, der sogenannte „Vorbescheid“. Der hatte den Inhalt, daß nach angefertigten Ermittlungen der Jahresarbeitsverdienst des Verletzten, der mehr als ein Jahr im Betrieb der Firma Schmiedig & Co. beschäftigt gewesen ist, in Summa 1460 Mk. betragen habe und würde ihm ab 14. Unfallwoche die Vollrente gleich 100 Prozent gleich 973,24 Mk. pro Jahr oder 81,12 Mk. pro Monat gewährt. Einem anderen gegen diesen Bescheid formten innerhalb acht Tagen bei der unteren Verwaltungsbehörde erhoben werden. Frey rechnete nun mit dem Vermögensdiener an der Hand der Lohnzettel, die die Frau Kober angehängt hatte, den Verdienst nach und kam zu dem Resultat, daß der Lohn um 24 Mk. zu niedrig angelegt war. Da ja die Lohnfestsetzung das wichtigste war, so wußte sich Frau Kober eine Bescheinigung holen, daß der letzte Jahreslohn ihres Mannes 1484 Mk. betragen habe. Frey teilte dies der Berufsgenossenschaft mit, damit der zweite Bescheid darauf Bezug nehmen könne, bereits aber gar bald den Schein, da dadurch die Ermittlung des zweiten Bescheides verzögert wurde. Glücklicherweise erfuhr aber die Berufsgenossenschaft den erhobenen Vorwand, er, nachdem die angelegte Firma ihren Betrieb verlegt hatte. Der zweite Bescheid, der den Schlußsatz hatte, daß hiergegen innerhalb der Frist von einem Monat nach der Zustellung Beschwerde, Verfügung eingelegt werden konnte, enthält die richtige Lohnsumme von 1484 Mk. und dem entsprechend erhöhte Rente von 82,45 Mk. pro Monat. Se-

und Beherrschte, ohne Kommandanten und Untertanen so wenig denken, daß es nach dieser Schablone auch die Arbeiterorganisation beurteilt.

Einen wahren Heißhunger nach den Arbeitergroßen in den Gewerkschaftskassen bekundet der Wunsch, die Erzeße der kapitalistischen Klassenjustiz in England gegen die dortigen Gewerkschaften auf deutschen Boden zu verpflanzen, worin man wohl einen Ersatz für die auf dem Schindanger verscharrte Zuchtbausvorlage finden würde. Wie diese Politik der Klassenplünderung auf die englischen Arbeiter gewirkt hat, sollte auch dem Scharfmacher der Eisen-Zeitung nicht unbekannt sein; wenn die sozialdemokratische Bewegung in England in den nächsten Jahren erstarbt, so wird das Hauptverdienst daran der berichtigte, von den deutschen Scharfmachern gefeierte Taff-Wale-Entscheid haben. Keinen Augenblick im Zweifel können die Scharfmacher in Deutschland darüber sein, daß die deutschen Arbeiter gegen jeden Versuch, unter irgend welchem Vorwand ihre Verbandsklassen „von Rechts wegen“ anzuräumen, sich ebenso wie ein Mann erheben würden, wie sie es 1899 gegen die Zuchtbausvorlage getan haben.

Charakteristisch für dieses Preßgeliichter ist es, daß es wohl die Verbände der Arbeiter haßbar machen will, aber von einer eventuellen Verpflichtung der Arbeitgeberverbände hübsch still sich verhält. Und dieser Punkt wäre doch bei den systematisch angezeitelten Aussperrungen der Unternehmer auch sehr naheliegend.

Die „Eisen-Zeitung“ knüpft an ihre Siegesfreude heuchlerische Betrachtungen über die „Opfer dieses Streiks“, die auf der Straße bleiben sollen, weil sie die Fabrikanten „schön im Stiche gelassen haben“, über die „Summe an Opfern, an Not und Elend, die dieser vom Zaun gebrochene Streik zur Folge haben wird“, für die die Führer des Metallarbeiter-Verbandes — nicht etwa die sozialrückständigen Kühnemänner — verantwortlich gemacht werden. Demgegenüber brauchen wir nur auf die Ausführungen des Herrn v. Schulz in der Sozialen Praxis vorweisen, der ausführt, daß, wenn die Unternehmer die Organisation der Arbeiter anerkannt hätten, es zu Verhandlungen am Gewerbegericht gekommen wäre und dann schon längst überall gearbeitet würde. Herr v. Schulz betont noch den großen Wert der Tarifgemeinschaft, die bisher den Arbeiterorganisationen wie dem wirtschaftlichen Gedeihen der Unternehmer förderlich gewesen ist, wie auch aus der Tatsache der Erneuerung der betreffenden Tarifverträge hervorgeht. Und das gilt nicht bloß für Deutschland, sondern auch für England, Amerika und Australien.

Der übermüthige Scharfmacher der „Eisen-Zeitung“ schließt seine Stillübungen: „Das Arbeitgebertum kann jedoch aus dem Berliner Kampf wieder die immerhin trostreiche Lehre mitnehmen, daß ein fester, ehrlicher Zusammenhalt noch immer imstande ist, auch der wildesten Agitation einen Damm entgegenzusetzen.“ Einen Schritt weiter auf dem Wege zum deutschen Arbeitgeberbund, das ist für uns das Ergebnis des Berliner Metallarbeiterstreiks! Wir hoffen, daß die fortschreitend erstarrende gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter immer mehr der „wildesten Agitation“, der Gewalttätigkeit und Brutalität der Unternehmer sich erfolgreich zu erwehren in der Lage sein wird. Auch die Kühnemänner haben ihre Ardillosferse.

Abstinenz!

Auf dem kürzlich in Wien abgehaltenen Gesamtparteitag der österreichischen Sozialdemokratie stand auch die Alkoholf

frage auf der Tagesordnung, worüber Dr. Fröhlich ein ausführliches Referat erstattete. Wir geben seine beachtens-

werten Darlegungen hier im Auszug wieder: Es ist heute das erste Mal, daß die Alkoholf

frage der Tagesordnung unserer Parteitage bildet. Noch vor 10 Jahren wäre dies unmöglich gewesen. Wodurch ist es heute möglich

geworden? In erster Linie dadurch, daß sich der Charakter der Antialkoholbewegung in diesen letzten Jahr-

zehnten ganz gewaltig geändert hat. Die ursprüngliche Mäßigkeitsbewegung, diese bürgerliche Bewegung mit mora-

lischen Beeinflussung der Menschen ist es, die das Vertrauen der Parteigenossen untergraben hat. ... hasteten

In der „berühmten“ Anstalt glücklich angekommen, wurde Kober genau untersucht, gemessen und gewogen. Anfangs hatte er auch

über das Essen zu klagen, bis er auf brieflichen Rat Freys sich das Herz nahm, dem Chirurgen und Besitzer der Anstalt Vorschlag darüber zu machen. Aber wie das Essen besser wurde, wurde auch die

Kur immer schlimmer für den Verletzten, der bald alle elektrisch betriebenen Maschinen der Reihe nach „besteht“ hatte. Mancher Schmerzschrei entfuhr seinen Lippen, als die jungen Assistenzärzte es gar zu arg trieben und manchmal war er nahe daran, der Qual

durch das vorzeitige Verlassen der Anstalt ein Ende zu machen. Doch der Rat Freys, an die Zukunft seiner armen Familie zu denken, die ohne Renke der bittersten Not preisgegeben wäre, ließ ihn aus-

halten, bis die Stunde der Erlösung schlug. Von einer Besserung spürte Kober nichts und doch eilte er freudiger der Heimat zu. Hier mußte er erfahren, daß Frey noch zweimal an die Berufsgenossen-

schaft schreiben mußte, bis der Familie die 60 Prozent Rente gleich 89,44 Mk. pro Monat gewährt wurden.

Man nächsten Tage begab sich der Heimgekehrte sofort zum Kassen-

arzt Dr. Fink, um sich wieder eingehend untersuchen zu lassen. Der Arzt erklärte, daß er keine Besserung konstatieren könne, tröstete aber den Verletzten, daß die „Zeit“ schon die gewünschte Besserung des Zustandes bringen würde. Zu Frau Kober äußerte sich jedoch der Arzt, daß sie ja dem Zustand ihres Mannes volle Aufmerksamkeit schenken möge, da in den letzten Wochen eine bedeutliche Ver-

alle Eigenschaften einer solchen an, von der Einseitigkeit der Argumente bis zum unterträglichen Predigerton der Akteure; es waren immer nur Pastoren mit oder ohne Soutane, die Ihnen die Sünde des Trunkes vorgehalten haben, besonders des Trunkes der Arbeiter. Der Proletarier war derjenige, der das, was er hat, vertrinkt, und der immer mehr haben will, um es auch vertinken zu können. Es ist begreiflich, daß sich diese Leute nur gegen die Erscheinung des Schnapsalkoholismus gewehrt haben, gegen einen Alkoholismus, der eine Folge der ungeheuer niedrigen Lebenshaltung ist, der schlechten Wohnungsverhältnisse, der elenden Löhne, der ganzen durch den Kapitalismus herbeigeführten Vertierung, der selbst nur ein Symptom dieser Vertierung ist. Diese Menschen haben immer nur versucht, das Symptom zu bekämpfen, anstatt dort anzupacken, wo man anpacken mußte, nämlich die Klassenlage dieser Schicht durch politische und gewerkschaftliche Organisation zu heben. Und es ist ganz begreiflich, daß sich gegen diese Art der Argumentation, die immer sagt: „Saufen: Ursache, soziale Not: Folge“, jeder vernünftige Mensch wehren mußte, der den genau entgegengesetzten Zusammenhang erkannt hat.

Gäbe es nur die Form des Alkoholismus, die aus den niedrigsten Lebensverhältnissen entspringt, dann hätte eine direkt angreifende antialkoholische Bewegung überhaupt keinen Sinn. Denn dann hätten die Leute vollkommen recht, die sagen: Organisieren! Organisieren! Alles übrige kommt von selbst! Nun liegen aber die Dinge doch so, daß es neben der Trunksucht in ihrer krassesten Form noch einen Alkoholismus gibt, der alle Schichten der Bevölkerung durchseht, das ist der Alkoholismus, der aus den Trinkgewohnheiten folgt, wie sie heute einmal in der ganzen Welt eingebürgert sind. Dieser Alkoholismus, der aus dem mäßigen Alkoholgenuß folgt und der nicht nur unter den Nichtorganisiererten, sondern auch unter den Organisiererten und Organisierten besteht, das ist der Alkoholismus, der einer direkten Beeinflussung zugänglich ist, weil wir an den, der ihm zu verfallen droht, doch mit unseren Argumenten einigermassen herankommen können. Der Zahl der Opfer sowie seiner Bedeutung nach ist dieser Alkoholismus für den Kampf der Arbeiterklasse weitaus wichtiger als jener andere, krasse, brutale Schnapsalkoholismus. Wie die Dinge heute liegen, ist es so, daß die Opfer, die der Schnapsalkoholismus fordert, an Zahl durchaus zurückstehen hinter denen, die Bier und Wein fordern. Bier und Wein sind schon heute, auch der Alkoholmenge nach, die getrunken wird, weitaus gefährlicher als der Schnaps. Es wird im Bier und Wein auch hier in Wien etwa das Doppelte an Alkohol durch den Körper hindurchgeschickt als im Schnaps. Dieser Alkoholismus ist deshalb so gefährlich, weil er nicht in so krasser Form auftritt wie die Trunksucht, sondern eine ganze Menge von Schädigungen allerdings unter der so beschönigenden Trinkergutmütigkeit birgt. Aber sieht man genauer zu, so findet man, daß diese Art des Alkoholismus an erster Stelle steht, was die Zahl seiner Opfer betrifft. Auf einer internen Klinik in Prag waren von 1525 Alkoholikern 119 reine Schnapsrinker, dagegen mehr als 500 reine Bieralkoholiker, also etwa der dritte Teil. Wir haben leider von Österreich sehr wenig Daten. Aus der Schweizer Statistik ergibt sich aber, daß von den erwachsenen Männern jeder zehnte, von den Männern zwischen 40 und 60 Jahren jeder sechste an den Folgen einer alkoholischen Erkrankung stirbt. Und in den Gegenden, wo der echte, angeblich so gesunde Naturwein getrunken wird, in den Weinbauantonen, schmelt die Zahl noch bedeutend in die Höhe. Nicht an Säuferswahn, an der klar in die Augen springenden Form des Alkoholismus geht der zehnte Teil der Bevölkerung zugrunde, sondern an dem Alkoholismus, von dem die Menschen nichts wissen und der die Folge der Trinkgewohnheiten ist.

Außer der direkten Schädigung durch den Alkoholismus, die man auch feststellen kann, kommt noch die indirekte in Betracht, die in der Herabsetzung der Widerstandsfähigkeit gegen krankmachende Einflüsse aller Art besteht. Es gibt kaum eine Infektionskrankheit, die tuberkulose eingestrichen, die nicht alkoholisierte Individuen weitaus rascher zugrunde richtet als die Menschen, deren Widerstandskraft durch den

Alkohol nicht herabgesetzt ist. In Österreich ist gewiß die Wirkung des Alkohols auch dadurch noch schrecklicher als in der Schweiz, daß bei uns eine ganze Menge von Faktoren mit tätig ist, die den vom Alkohol begonnenen Zerstörungsprozess unterstützten Faktoren, die in der hochzivilisierten Schweiz fehlen, wo bessere Löhne, bessere Nahrung, bessere Wohnungen immerhin imstande sind, den Alkohol, der auf die Menschen losgelassen ist, in seinen Wirkungen zu mäßigen.

Was bedeutet das alles für die Arbeiterklasse? Es ist kein Zweifel, daß der gesunde Mensch zu jeder Kulturarbeit geeigneter ist als der kranke Mensch, auch daß der Mensch, der keine Bierleber, keine Bierniere, kein Bierherz hat, in der Organisationsarbeit und in den Kämpfen des Proletariats besser zu verwenden sein wird. Und es ist auch zweifellos, daß alle Faktoren, die die Klassenlage des Proletariats herabdrücken, durch die Wirkung des Alkohols noch verstärkt werden, daß die schlechte Ernährung, die in weiten Kreisen herrscht, durch den Alkohol noch zu einer größeren Gefahr wird, daß die Überarbeit durch den Alkohol in ihrer degenerierenden Wirkung noch bedeutend verstärkt wird. Alles das, was den Arbeiter ins Elend hineinstößt, wird durch den Alkoholismus in seiner Wirkung noch erhöht, alles, was ihn herauszuführen imstande ist — die Organisation jeder Art —, wird durch ihn niedergehalten, gehemmt. Wenn es nun richtig gewesen ist, die bürgerlichen Mäßigkeitsprediger zurückzuweisen, weil ihre Kurpfuscherei uns nur Zeit, Geld und Leute kostet, so muß man auch sagen: diese Form des Alkoholismus, die für selbstverständlich gehalten wird, kostet uns Zeit, Geld, Leute, und deshalb müssen wir gegen sie ankämpfen. (Beifall.) Jeder von Ihnen weiß es besser als ich, welche Schwierigkeit der Organisation von denjenigen Schichten der Arbeiterchaft bereitet werden, die noch recht innig mit den Trinkgewohnheiten verknüpft sind. Nun führt nicht jeder Tropfen Alkohols sofort zur Trunksucht. Dem gehen alle Stadien der Verbesserung der Stimmung voraus, die den unbefriedigten Menschen nicht zum Bewußtsein kommen lassen, wie sehr es ihm an aller wirklichen Befriedigung seiner Bedürfnisse mangelt. Der Alkoholismus macht aus dem unbefriedigten Menschen sehr rasch ein befriedigtes Wesen, aber er schafft eine Befriedigung nur für kurze Zeit, die jedoch der organisierten Arbeit zur Befriedigung unserer Kulturbedürfnisse direkt entgegenarbeitet, und wenn Marx gesagt hat, die Religion sei Opium für das Volk, weil sie ihm eine Befriedigung im Jenseits vorführt, so ist der Alkoholismus noch viel mehr Opium für das Volk, weil er dem Menschen schon ein glückliches Diesseits vorkauft, ihm den Druck des Elends, der der schwingende Faktor in der Aufwärtsbewegung der Massen ist, nicht so zum Bewußtsein kommen läßt, als es im nüchternen, nicht alkoholisierten Gehirn tatsächlich zum Bewußtsein kommt.

Von ungeheurer Wirkung ist dieser mäßige Alkoholismus auch in seinem Einfluß auf die Jugend. Nicht nur dem schadet der Alkohol, der in selbst trinkt, sondern er wirkt auch durch die Vergiftung der Keimzellen auf die Nachkommenschaft. Die Nachkommen von Trinkern leiden meist an schweren geistigen Störungen. Zwischen dem Trinker und dem Kind des mäßigen Trinkers liegen aber hundert Übergänge, bei denen die Leistungsfähigkeit der Gehirne der Kinder zu Schaden kommt. Aber der Alkoholismus schadet der Jugend auch dadurch, daß die Jugend in die Trinkergewohnheiten unmittelbar hineinwächst. Selbst die Schuljugend wächst nicht alkoholfrei auf, es sind bis 90 Prozent der Schulkinder, die Alkohol in irgend einer Form genießen. Das ist aber um so weniger gleichgültig, da ja der jugendliche Organismus für die Wirkungen des Alkohols in sehr hohem Maß empfänglich ist. Wenn es also richtig ist, daß dieser Alkoholismus, der aus den Trinkgewohnheiten und Trinkvorurteilen entspringt, so gefährlich ist, so ist es selbstverständlich, daß man ihn nur bekämpfen kann, indem man diese Trinkvorurteile untergräbt, daß man der allgemeinen Gewohnheit des Trinkens die Gewohnheit des Nichttrinkens entgegenstellt. Dem Schaden des Alkohols steht kein irgendwie merkbarer Nutzen gegenüber.

gewissen, die fast für die Hausmiete drängung, mußte sich Frau Kober, durch die bittere Not getrieben, dazu entschließen, eine sogenannte Monatsstelle anzunehmen, um durch Putzen und Aufwarten noch einige Mark pro Monat dazu zu verdienen. Bergelich wartete der Verletzte auf die beantragte Arztuntersuchung. Eines schönen Tages kam dann endlich Bescheid vom Schiedsgericht, der die Ladung zum Termin enthielt, den man auf den 13. Oktober 1902 angelegt hatte. Die Ladung trug den Vermerk, daß der Kläger nicht persönlich zum Termin zu erscheinen brauche, da nach Lage der Akten entschieden würde. Die Berufsgenossenschaft hatte auch eine Gegenschrist gemacht, die der Ladung beigefügt war und sich wiederum auf das Gutachten des Anstaltsarztes stützte, die besage, daß Kober kein Leiden übertrage, also finanziere. Frey verzichtete darauf, auf dieses Gutachten weiter schriftlich zu antworten, da ja Kober bestimmt erklärte, zum Termin gehen zu wollen, trotz aller Beschwerden, die sein Zustand bedingte. Er wollte den Richtern, die ja auch aus Arbeitern zum Teil bestanden, selbst seinen traurigen Zustand schildern. Doch wurde Kober sehr enttäuscht, als er im Termin wahrnehmen mußte, daß man alle fünf Minuten ein Urteil fertig hatte. Als er endlich an die Reihe kam, war die Geduld der Richter sehr erschöpft und konnte er sich nur auf einige Bemerkungen beschränken. Das Schiedsgericht willigte aber doch endlich ein, den Kläger durch den im Termin anwesenden Vertrauensarzt des Gerichtes nochmals untersuchen zu lassen. Nach kurzer Untersuchung erklärte dieser vorstehende Arzt, daß der Kläger noch zu 75 Prozent erwerbsbeschränkt wäre und erhielt Kober denn auch im Urteil eine Rente von 75 Prozent zugesprochen. So konnte er zu Hause den Harrenden mit von einem Lebererfolg berichten. Frey tröstete den ganz unzuständig gewordenen mit dem Refus, den er nach an das Reichsversicherungsamt nach Berlin senden werde, sobald das Urteil des Schiedsgerichtes schriftlich vorliege. Nach drei Wochen erhielt dann Kober dieses Urteil als Einschreibebrief zugesandt und fertigte Frey folgende Refuschrift an:

„An das Reichsversicherungsamt zu Berlin.“

Gegen das Urteil des Schiedsgerichtes für Arbeiterversicherung zu B. vom 13. Oktober 1902, zugestellt am 5. November 1902, erhebe ich Refus und beantrage, unter Aufhebung dieses Urteils die Berufsgenossenschaft zur Gewährung der Vollrente verurteilen zu wollen. Ich verweise auf meine Berufungsschrift an das Schiedsgericht, welchem ein Urteil meines behandelnden Arztes beigelegt war. Das Schiedsgericht hat aber dieses Gutachten gar nicht beachtet, sondern meine Rente von 50 Prozent auf 75 Prozent

Er macht die Menschen zufrieden, und wir brauchen unzufriedene Menschen. (Lebhafte Beifall.) Wir wollen, daß der Mensch was werde! Und weil der Alkohol dieses Erwachen hindert, deshalb ist er ein Feind der Arbeiterschaft. Aber er ist nicht nur wegen seiner direkten Wirkung ein Feind der Arbeiter, sondern auch weil er ein Machtmittel in der Hand der herrschenden Klasse ist. Die Alkoholmengen, die uns die Klöster und Feudalherrschaften liefern, nützen der herrschenden Klasse nicht nur dadurch, daß dafür ein großer Teil des Volkseinkommens ausgegeben wird, der anders besser verwendet werden könnte — in Wien werden täglich 300000 Kronen, in Österreich jeden Tag vier Millionen Kronen für Alkohol ausgegeben; in Wien wird für geistige Getränke doppelt so viel ausgegeben als für Fleisch! —, sondern auch dadurch, daß er eine alkoholisierte Bevölkerung schafft, die viel leichter zu beherrschen ist als eine nüchterne. So ist der Alkoholismus direkt eine Stütze derjenigen Gesellschaftsordnung, aus der wir hinaus wollen. Wenn die Menschen nüchtern und klar den ganzen Druck des Elends empfinden würden, so würden sie diese Zustände keinen Augenblick mehr aushalten. Ein Grund mehr für uns, den Alkoholismus zu bekämpfen! Wenn wir den Alkoholismus bekämpfen, so tun wir nichts als was uns das Programm vorschreibt: das Proletariat kampffähig zu erhalten, physisch und geistig, es mit dem Bewußtsein seiner Lage zu erfüllen, das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie. Alles das wird aber durch den Alkoholismus außerordentlich gehemmt.

Eine neue Gesellschaft wollen wir aufbauen, der Welt ein neues Gesicht geben; dieser neuen Gesellschaft die Grundfesten zu errichten, das ist die Arbeit der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation. Schon diese Arbeit wird ungeheuer durch den Alkoholismus gehemmt. Aber dazu kommt noch, daß, wenn wir dieses Haus aufbauen, wir uns doch auch einen Begriff machen sollten über die Menschen, die darin wohnen. Jeder von uns muß den bloßen Gedanken schon als Schmach empfinden, daß die Menschen der neuen Gesellschaft deshalb zufrieden sein werden, weil sie alkoholisiert sind. Die Zufriedenheit wird dann aus der Gesundheit der Gehirne, aus der Befriedigung der aus einem gefunden Gehirn stammenden Bedürfnisse zur Wahrheit werden. Wenn wir die neue Welt wollen, so werden wir sie mit neuen Menschen erfüllen müssen. Nicht neue Ziele setzt uns die Utopie, aber sie gibt uns für unsere Ziele eine scharfe, wirksame neue Waffe. Es ist an uns, diese Waffe zu gebrauchen. Tun wir es! (Lebhafte Beifall.)

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Bezüglich der vom Vorstand eingeleiteten statistischen Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Eisen- und Metallgießereien Deutschlands machen wir darauf aufmerksam, daß die als Musterexemplare versandten „Verständlichen Fragebogen“ als Hilfsmittel für die Erhebungen dienen und vom Vorstand in größeren Posten bezogen werden können.

Indem wir auf die Wichtigkeit dieser statistischen Erhebungen hinweisen, ersuchen wir die Ortsverwaltungen, Betriebsräte und Geschäftsführer dringend, unverzüglich die nötigen Anordnungen zu treffen, damit die ausgefüllten Fragebogen bis zu dem angegebenen Zeitpunkt, 1. Dezember 1902, an den Vorstand eingesandt werden können.

Verwaltungsstellen, in deren Geltungsbereich keine Eisen- oder Metallgießerei ist, wollen dies sofort nach hier mitteilen, damit die nötigen Hilfsformulare für die Zusammenstellung schon jetzt vorbereitet werden können und keine Verzögerung durch etwaige Reklamationen eintritt.

Die Verwaltungsstellen, die von einer in den benachbarten Ort gelegenen Gießerei Kenntnis haben, jedoch mit den darin beschäftigten Arbeitern aus irgend einer Grunde keine Verbindung haben, wollen dies dem Vorstand und dem zuständigen Bezirksleiter melden.

Aus Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit darf keine Gießerei bei den Erhebungen übergangen werden.

Die von den Vertrauensleuten der former an die Ortsverwaltungen behufs Weiterbeförderung an den Vorstand abzuliefernden Fragebogen sind genau zu kontrollieren. Unrichtig oder nur halb ausgefüllte Fragebogen sind zu ergänzen und erst dann an den Vorstand einzusenden.

erhöht, da der anwesende Vertrauensarzt des Schiedsgerichtes nach richtiger Untersuchung nur eine Erwerbsbeschränkung um 75 Prozent konstatiert hatte. Ich muß daher meinen Antrag wiederholen, mich von einem erfahrenen Arzte nochmals eingehend untersuchen zu lassen, wodurch sicher eine völlige Erwerbsunfähigkeit nachgewiesen wird. Mein Körperzustand hat sich in letzter Woche noch mehr verschlimmert, so daß ich tagelang das Bett nicht verlassen kann.

F., den 15. November 1902.

Fr. Kober.

(Eine Abschrift meiner Refuschrift füge ich bei.)

Frei legte auch eine zweite Abschrift wieder zu den Akten, die schon einen größeren Umfang angenommen hatten. Nach sechs Wochen erhielt dann Kober die Mitteilung vom Reichsversicherungsamt, daß auch die Berufsgenossenschaft gegen das Urteil des Schiedsgerichtes Refus eingeleitet habe, da dieser die gewährte Rente von 75 Prozent zu hoch ersehe, wiederum auf das Gutachten des Anstaltsarztes sich stütze, das nach eingehender Untersuchung und erfolgreicher Kur ausgefolgt sei. Frey sandte nun die Unfallakten nebst Vollmacht sofort dem Zentralarbeitersekretariat zu Berlin mit der Bitte, den Termin wahrzunehmen. Auf der Vertretung des Arbeitersekretärs vertrat das Reichsversicherungsamt die Sache und beschloß, ein Gutachten einzufordern. Als aber Kober nach weiteren vier Wochen die Postkarte erhielt, sich bei dem Chirurgen des hiesigen Krankenhauses zu melden, konnte er der Einladung keine Folge mehr leisten. Sein Zustand hatte sich sehr verschlimmert, so daß der behandelnde Arzt die Überführung des Schwerkranken in das Krankenhaus anordnen mußte, da jedenfalls eine „größere Operation“ nötig wäre. Willig fügte sich Kober in alles, was man von ihm verlangte, sein Lebenssaft war getrocknet. Frey teilte der Berufsgenossenschaft gleich schriftlich mit, daß auf Grund des Arztgutachtens Spitalpflege zwecks Operation nötig geworden sei und erfrucht um Übernahme des Heilverfahrens und Gewährung der Familienrente während der Dauer der Spitalpflege. Zuerst wollte auch die Berufsgenossenschaft ihre Zustimmung nicht geben, daß der Verletzte in das hiesige Krankenhaus überführt werden sollte, da dort die Pflege zu hoch seien; sie willigte schließlich doch ein, die Kosten der Pflege, Operation etc. zu zahlen und gewährte der Familie wieder die 60 Prozent Rente. Zwei Tage nach der Überführung erhielt die schwergeprüfte Frau Kober die niedermetzliche Nachricht, daß ihr Mann an den Folgen der Operation, die „überragend ganz gut gelungen sei“, gestorben wäre! Jetzt war Frey mehr denn je als Vertreter der armen Familie nötig. Bei der Anmeldung des Todesfalles am dem Standesamt erhielt Frau Kober dort den

Unfällen einen gewissen Ruf am Orte gewonnen. Überall erhielt der Arzte den Bescheid, daß sie recht gerne helfen würden, zur Abgabe eines diesbezüglichen Gutachtens auch bereit wären, wenn — dies das Schiedsgericht von ihnen fordere!

So mußte denn Frey wohl oder übel die Berufungsschriften ausfertigen, die er in dreifacher Zahl herstellte, zwei Exemplare für das Schiedsgericht und das dritte für die Unfallakten Kober's, um stets nachschlagen zu können, was geschrieben worden war. Die Berufung hatte folgenden Wortlaut:

„München Nr. 1273.“

An das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung zu B.

Gegen den Bescheid der Süddeutschen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft vom 14. Juli 1902, zugestellt am 21. Juli 1902, erhebe ich Berufung zum Schiedsgericht. Ich beantrage, mir die Vollrente für die weitere Dauer meiner Arbeitsunfähigkeit zu gewähren.

Begründung: Wie aus den Unfallakten ersichtlich, habe ich am 18. Dezember 1901 einen sehr schweren Unfall erlitten. Auf Beschluß der Beklagten mußte ich zwecks Besserung meines Zustandes die Heilanstalt des Dr. Fertig zu G. aufsuchen und wurde aus derselben nach mehrwöchentlicher erfolgloser Kur wieder entlassen. Die Beklagte stützt sich nun auf das höchst einseitige Gutachten des Anstaltsarztes, daß in meinem Zustand insolge der Kur eine erhebliche Besserung und zwar um 50 Prozent eingetreten sei und setzte die Rente dementsprechend auf 50 Prozent der Vollrente herab. Ich bin aber heute noch gänzlich erwerbsunfähig, wie dies mein behandelnder Arzt, Herr Dr. Gluck, in beigefügtem Urteil bestätigt, der mich vor dem Eintritt und nach meiner Entlassung aus der Anstalt eingehend untersucht hatte, also wohl ein Urteil abgeben kann. Mein Zustand hat sich aber in den letzten Wochen noch verschlimmert, so daß ich manche Tage wieder bettlägerig bin. Ohne Stoa kann ich mich gar nicht mehr fortbewegen und machen es mir die anhaltendsten heftigen Schmerzen unmöglich, auch nur die geringste und leichteste Arbeit auszuführen. Da sich die beiden Arztergutachten widersprechen, so beantrage ich, daß das Schiedsgericht ein Obergutachten über meinen derzeitigen Zustand einfordert. Eine Abschrift dieser Berufung füge ich bei.

F., den 28. Juli 1902.

Fr. Kober.

Frau Kober befragte den Einschreibebrief zur Post. Man wartete geduldig das Urteil des Schiedsgerichtes ab, in dem festen Glauben, daß vorher nochmals eine ärztliche Untersuchung von diesem angeordnet würde. Auf die schmerzliche Rente von nur 41,25 Mk. an-

Ständlich der Arbeitslosenstatistik

erschaffen wir alle arbeitslosen Mitglieder am Orte, auch die, welche noch nicht unterstützungsberchtig sind, sich stets bei den örtlichen Verbandsstellen zu melden.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3, Abs. 3 a, des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Barmen: der Klempner August Klau, geb. am 21. Februar 1873 zu Elberfeld, Buch-Nr. 562226;
- der Klempner Paul Silber, geb. am 5. April 1876 zu Neustadt in Schlesien, Buch-Nr. 499082;
- der Klempner Paul Puschmann, geb. am 11. Oktober 1878 zu Barmen, sämtliche wegen Streikbruch.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Wahrenth: der Former ? Bauer, geb. am 4. Dezember 1878 zu Wahrenth, Buch-Nr. 436405;
- der Former ? Seyfert, geb. am 4. Dezember 1878 zu Pilsen, Bezirksamt Wahrenth, Buch-Nr. 686770, beide wegen Streikbruch.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Silbeseheim: der Former Christian Kirch, geb. am 27. Juni 1878 zu Silbeseheim, Buch-Nr. 597404;
- der Former Gustav Hahn, geb. am 27. September 1878 zu Silbeseheim, Buch-Nr. 498597;
- der Former Wilhelm Wüffe, geb. am 21. Februar ? zu Silbeseheim, Buch-Nr. 342754, sämtliche wegen Streikbruch.
- Auf Antrag der Einzelmitglieder in Plauen: der Klempner Richard Beutner, geb. am 6. August 1875 zu Trieb bei Plauen, Buch-Nr. 454881;
- der Klempner Alfred Gottschalk, geb. am 29. November 1883 zu Hilsdorf, Buch-Nr. 597363;
- der Klempner Edwin Heinrich, geb. am 12. Januar 1884 zu Wehles, Buch-Nr. 525136;
- der Klempner Heinrich Hermann, geb. 18. Juni 1897 zu Warmensteinach, Buch-Nr. 515211;
- der Klempner Max Hugo, geb. am 19. April 1878 zu Plauen, Buch-Nr. 515209;
- der Klempner Gustav Meier, geb. am 29. Mai 1880 zu Büttstedt, Buch-Nr. 403820;
- der Klempner Paul Meinel, geb. am 10. Mai 1874 zu Zannenbergstal, Buch-Nr. 532712;
- der Klempner Rudolf Monzel, geb. am 8. Januar 1876 zu Dolgen, Buch-Nr. 481670;
- der Klempner Georg Mehner, geb. am 7. Februar 1886 zu Hof, Buch-Nr. 532750;
- der Klempner August Penzel, geb. am 11. Nov. 1877 zu Rauen, Buch-Nr. 525150;
- der Klempner Richard Sauerstein, geb. am 31. März 1875 zu Plauen, Buch-Nr. 563231;
- der Klempner Fritz Schillbach, geb. am 7. Sept. 1863, Buch-Nr. 563201;
- der Klempner Otto Schumann, geb. am 13. März 1884 zu Allenburg, Buch-Nr. 532747;
- der Klempner Bruno Weik, geb. am 15. März 1884 zu Plauen, Buch-Nr. 725102, sämtliche wegen Streikbruch.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Solingen: der Former Ernst Kollhaus, geb. am ? zu ?, Buch-Nr. 482420;
- der Former Max Wettkamp, geb. am ? zu ?, Buch-Nr. 481931, beide wegen unkollegialem Verhalten.

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluß beziehungsweise Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend aufgeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die den Antrag auf Ausschluß begründenden Beschuldigungen gegeben, mit dem Bemerken, daß sie, sofern sie auf dreimalige Aufforderung an dieser Stelle sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Es wird zur Last gelegt: dem Mitglied F. Peters aus Koblenz, Verrentierung von Verbandsgebühren, nach einem von der Verwaltungsstelle in Koblenz gestellten Antrag.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an **Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Straße 16b** zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

- von Drabitz nach Heiligenstadt 2;
- von Dreher nach Breslau (Maschinenbauamt);
- von Feingoldschläger nach Dresden; nach Nürnberg (Christian Schmidt, Obere Mergelgasse 12; Adam Singer, Wärenthgangstr. Jean Nieß, Fürthstr.; Michael Fleißer, Paradiesstr.); nach Fürth (Ludwig Spiegelberger, Königsartenstr.); nach Stuttgart (Lützen) 2;

Beiseid, daß dieses schon vom Kranienhaus besorgt worden sei, und erhielt auf Wunsch eine Abschrift d. Sterbeurkunde gratis verabsolgt, um das Sterbegeld bei der Ortskrankenkasse, das 110 Mk. betrug, erheben zu können. Mit diesem Gelde konnte sie den Verstorbenen beerdigen lassen, um das Armenbegünstigt zu vermeiden. Wohl alle die zahlreich erschienenen Leidtragenden stimmten, soweit sie dem Kollegatensitz des Verstorbenen angehörten, den bewegten Worten freudig an offenen Grabe zu, daß der Verunglückte jetzt endlich nach langem Dulden Ruhe gefunden und jetzt wohl die Berufs-genossenschaft zugehen würde, daß der Verstorbenen kein Einmal geweint sei. Die Direktion der Firma Schneidig & Co. ließ durch den „Alten“ einen prachtvollen Kranz am Grabe niederlegen, der dem „treuen Mitarbeiter“ gewidmet wurde.

Von der Berufsgenossenschaft erhielt die Witwe kein Sterbegeld ausbezahlt, da ja nach dem Gesetz diese der Ortskrankenkasse obliegt, für das veranlagte Sterbegeld zu gewähren hatte. Die Ortskrankenkasse erhielt daher nur den fünfzehnten Teil des Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen ausbezahlt, den auch die Witwe nur erhalten haben würde, wenn ihr Ehemann erst nach Ablauf eines Jahres nach beantragter Krankenunterstützung verstorben wäre, somit kein Anspruch mehr an die Krankenkasse bestanden haben würde.

Frey schrieb nun für die Witwe an die Berufsgenossenschaft, daß sie die gesetzlich zustehende Hinterbliebenenrente an Stelle der Unfallrente des Verstorbenen bald gewähren möge, da Kober an den Folgen des Betriebsunfalls verstorben sei. Nachdem die Berufsgenossenschaft erst den Selbsterweis der Witwe geprüft hatte, daß der Verstorbenen tatsächlich an den Folgen des Unfalls und an seiner Krankheit, die mit dem Unfall in keinem Zusammenhang stand, verstorben war, gab sie der Witwe Bescheid, daß ihr eine Rente von 20 Prozent als Witwenrente bis zu ihrem Tode oder Wiederverheiratung, jedes vaterliche Kind bis zum fünfzehnten Lebensjahre ebenfalls 20 Prozent, zusammen aber nur 60 Prozent des Jahresverdienstes des Verstorbenen gezahlt würde. Auf Anraten Freys ließ sich Frau Kober der Sommer ihrer mündigen Kinder von Amtseigentlich befreien und konnte dann alle Monate ihre Rente am Postamt erheben. Sie ließ nunmehr in der Absicht, daß sie mit einer Rente von 80 Mk. pro Monat in der letzten Ehezeit nicht leben konnte und entschloß sich daher, zu ihrer Familie nach Oberhausen zu ziehen, da dort die Lebensverhältnisse noch billiger seien. Nachdem Frey von diesem Plane Kenntnis erhielt, schrieb er an die Berufsgenossenschaft folgenden Brief, den Frau Kober unterzeichnete:

- von Formern und Eisengießereiarbeitern nach Berlin; nach Friedland i. M. (Friedländer-Eisenwerk) M.; nach Hildesheim (Gebr. Profse) St.; nach Neu-Ruppin; nach Nantingen (Koch & Wellenfein) St.;
- von Osklern nach Berlin St.;
- von Klempnern und Installateuren nach Magdeburg St.;
- von Metallformern, Metallbrechern, Notgießern und Metallschleifern nach Nürnberg (Palm) St.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Berlin St.; nach Celle (Maschinenfabrik) St.; nach Freiberg i. Sachsen D.; nach Liegnitz (Firma Teichert & Sohn) S.; nach Neu-Strelitz (Gebr. Maack) M.; nach Ruhla i. Thür. (Gebr. Thiel) St.;
- von Metallbildnern nach Berlin St.;
- von Metallgießern nach Nürnberg (Palm) D.;
- von Metallschlägern nach Dresden (Siebert & Neubold) D.;
- von Silberschlägern nach Schwabach (Farnbacher) D.; (Sturm) St.;
- von Schleifern nach Neumarkt i. Oberpf.;

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitzgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L: Lohnbewegung; M: Ausperrung; D: Differenzen; N: Mafregeln; Mi: Mißstände; R: Lohn- oder Arbeitsreduktion; F: Einführung einer Fabrikordnung.)

Aus den Agitationsbezirken.

6. Bezirk.
Werte Kollegen! Am 1. Dezember dieses Jahres tritt Unterzeichneter sein Amt als Bezirksleiter des 6. Bezirkes an. Das ist für uns im Norden eine Neuverung, eine Einrichtung, mit der in anderen Bezirken gute Erfahrungen gemacht wurden und, wie ich bestimmt voraussetze, auch von uns werden gesammelt werden. Kollegen, wenn nun auch eine einzelne Person beauftragt wurde, mit aller Energie für die Ausbreitung unserer Organisation einzutreten, so muß aber auch jedes Mitglied unseres Bezirkes mitwirken, und dann wird es nicht ausbleiben, daß es auch hier oben an der Wasserfront vorwärts geht.
Mit kollegialem Gruß
Wilh. Gotthusen,
Samburg-Gimsbüttel, Kronebergstr. 2, part.

Aus der Metallindustrie.

Max Schippel schreibt in seiner wirtschaftlichen Rundschau: In den Vereinigten Staaten mehrten sich die Zeichen der rückläufigen Bewegung, in erster Linie auf dem Eisenmarkt. Der Stahlmarkt ist soeben zu einer Rückzug der Behälter seiner Angehörigen um 25 bis 40 Prozent übergegangen; weiter hat er, nach englischen Meldungen, eine Herabsetzung der Preise für Stahlbilletts von 108 auf 92 Schilling für die Tonne angekündigt. Hierpon Morgan soll, nach denselben Quellen, billige Eisen- und Stahlwerkfabrikate auf den englischen Markt werfen und dort die deutsche Schleuderausfuhr noch unterbieten wollen; den Schiffen des Schiffsahrtstrakts böte sich dabei zugleich ein, im Augenblick ganz schlagenswerter Ballast für die Fahrt nach England. Die Lage in Amerika erscheint nun so ernst, als zwar die nördlichen Eisenwerke Betriebsbeschränkungen durchzuführen und aufrecht erhalten, während — wie so oft im Konjunkturjanzung — im südlichen Staatenrevier die Hüften sich um so weniger Zwang auflegen, so daß niemand mehr an eine baldige „Sanierung“ des Marktes durch Bändigung der Überproduktion glaubt.

Der Rückschlag auf Europa wird noch immer am schmerzlichsten in England empfunden; und hier darf man ihn um so weniger leicht nehmen, als ein Kampf der Schleuder- und Notausfuhr Deutschlands und Amerikas auf Kosten des englischen Absatzes und der englischen Produktion die hochgehenden schützenden Zölle weiter verstärken müßte. Die Notierungen für Cleveland-Rohisen sind allmählich auf den niedrigsten Stand gesunken, den sie mit Ausnahme des Dezember 1901, seit 1898 jemals eingenommen. Der englische Schiffbau hat seine Eisenmenge enorm kürzen müssen, die Eisenbahnen in England zeigen sorgfältig umgünstige Ausweise und tragen durch die Verringerung des Wagens- und Lokomotivbaus gleichfalls zum Rückgang in den Eisengewerben bei. Immer von neuem werden Hochöfen niedergeblasen und Herr Chamberlain und seine Getreuen verfehlen nicht, auf diese schreckenden Spuren des — Freihandelsystems hinzuweisen: Die Stahlwerke würden vom Festland im Schienengeschäft unterboten; in Mittel-England werde deutscher Halbstaal billiger als seitens des Inlandes angeboten; in Schweden stücken für den Schiffbau schnappe die deutsche Schleuderausfuhr die Aufträge weg. In der Tat empfindet man heute in England auch den kleinsten Kadebstich bitter schmerzlich. Eben sind wieder die schottischen Schiffmaschinenbauereien und Lokomotivfabriken mit Arbeiterentlassungen vorgegangen, die Werkstätten am Tyne wollen demnächst die Löhne reduzieren. Herr Chamberlain weiß als alter geriffener Parteimaschinenmeister aus diesen Mißfimmungen politisches Kapital zu schlagen.

Im Gegenzug zu England kommt der deutschen Produktion zu bitten, daß der heimische Absatz ohne Zweifel im allgemeinen sich hebt, also einen gewissen Ersatz für die zunehmende Bedrängnis im Ausland zu bieten vermag. Zudem kann diese Bedrängnis leicht größer werden, als die heutige Vertrauenslosigkeit selbst bei ruhigerer Ueberzeugung annimmt. Der frühere amerikanische Zufuhrbedarf sprach

„An die Süddeutsche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft Nr. 3. 1273.“

Am 1. August 1903 dieses Jahres verziehe ich nach Wiesfeld in Oberhausen. Ich beantrage daher, mir die zustehende Hinterbliebenenrente nach meinem neuen Wohnort Wiesfeld überweisen zu wollen. Hochachtungsvoll

F., den Frau Emilie Kober.“
Nach Wiesfeld übergesiedelt, erhielt Frau Kober auch nach mehreren Wochen die Rente ausbezahlt, nachdem das dortige Bürgermeisteramt die Rentenscheine beglaubigt hatte. Frey gab ihr den Rat mit an den Weg, stets an die Berufsgenossenschaft unter Anführung des Vorkommens um Zuwendung von neuen Leistungsformularen zu schreiben, sobald sie das letzte Formular verbraucht habe, ihm auch stets Nachricht zu geben, da er auch ferner mit Rat und Tat gerne zur Seite stehe.
Nach anderthalb Jahren schrieb Frau Kober, daß sie gewillt sei, sich wieder zu verheiraten. Sie habe den Maurer Franz Wutz kennen gelernt, der ihr und ihren Kindern eine Stütze bieten wolle. Frey schrieb ihr zurück, daß bei der Wiederverheiratung ihre Rente in Wegfall komme und nur den Kindern die Rente bis zu dem fünfzehnten Lebensjahre weiterbezahlt würde. Nach erfolgter Trauung solle sie ihm nur eine Abschrift der Heiratsurkunde, die ihr kostenlos vom Standesamt ausgehändigt würde, senden und würde er den Antrag auf Abfindung schreiben. Es schrieb dann folgendes:

„An die Süddeutsche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft Nr. 3.“

Ich habe mich am 2. März dieses Jahres mit dem Maurer Franz Wutz dahier verheiratet und lege zum Beweise meiner Wiederverheiratung eine Abschrift der Standesamtsurkunde bei. Ich bitte, mir um die gesetzlich zustehende Abfindungsumme baldigst auszahlen zu wollen. Hochachtungsvoll
Wiesfeld, den 5. März 1902.
Frau Emilie Wutz, verno. Kober.“

Er erhielt dann später 60 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes ihres ersten Mannes, gleich 80,40 Mk., als Abfindungsumme ausbezahlt, für ihre Kinder die Rente weiter, bis diese das fünfzehnte Lebensjahr nacheinander erreicht haben.

„An der Firma Schneidig & Co. distantierte man noch lange über den „Fall Kober“ und es wünschte jeder Kollege, ja vom Schicksal verschont zu bleiben, ähnliches erleben zu müssen. Jetzt sagte auch der „Alte“, daß doch nicht alles im Gesetz „happet“ und vieles noch verbessert werden müßte. Er habe es früher nie glauben wollen.“

sich nicht nur in direkten deutschen Exporten nach den Vereinigten Staaten aus, sondern fast noch mehr in indirekter Weise, in starken Ausfuhr nach England. Was wird hieron übrig bleiben, nachdem England selber die Unterbietung Deutschlands auf den fehl-ländischen Märkten, zum Beispiel in Holland, versucht, wo die deutschen Eisenwerke um so eifriger nach Aufträgen hasteten, je mehr sich ihnen Amerika zu verschließen begann?
In welchem Maße die Ausfuhr bisher eine Lebensbedingung für die deutschen Eisengewerbe war, zeigt die Reichsstatistik, die jetzt für die ersten neun Monate 1903 vorliegt. Danach wurden im laufenden Jahre bis Ende September über 2 1/2 Millionen Tonnen Eisen und Stahl aus Deutschland ausgeführt, also mehr als doppelt so viel als noch im gleichen Zeitraum des Jahres 1900 (nicht ganz 1 1/2 Millionen Tonnen). Da die Schmelze jedoch vorwiegend Rohmaterialien und Halbfabrikate in das Ausland verschleudern, die Fertigfabrikation jedoch geradezu durch die Preishochhaltung im Innern geschädigt, so ist es erklärlich, daß die Ausfuhrzunahme wesentlich bei Rohisen und ordinären Stahlwaren sich geltend machte. Es hoch sich beispielsweise gegenüber 1901 der Export an

Rohisen	von 96288 auf 338216 Tonnen
Eisenbahnschienen	125538 = 307204
Puppenisen, Roh-	
schienen und Zugsatz	= 91771 = 475238

Dagegen stieg die Ausfuhr nur sehr langsam bei verpacktem Eisenblech von 64245 auf 66011 Tonnen grober abgeschliffenen Eisenwaren = 42555 = 61964 =
Platten, Blechen zc. = 180147 = 215563 =
feinen Eisenwaren nur = 19880 = 23317 =

Bei Eisenbahnschienen, Rädern und Radreifen zeigt sich sogar ein kleiner Rückschritt von 37349 Tonnen auf 35918 Tonnen. Das entspricht ganz dem so oft erwähnten Bild: man schöpft seitens der „schwersten“ Industrien die heimischen Abnehmer durch Überpreise, um im Ausland um so billiger zu sein; man erschwert dadurch den abnehmenden deutschen Produktionszweigen die Ausfuhr, ja man nährt und erzeugt gegen sie eine künstliche Konkurrenz. Wenn man angeht, daß der amerikanisch-englischen Krisis noch weiter auf diesem Wege vorzuschreiten wolle, welche Schäden und Mißbildungen müßten daraus entstehen!

Glücklicherweise wachsen die Wäme der Rohstoffindustrie nicht so leicht in den Himmel, eben weil die kapitalistischen Interessen keine einseitigen sind und die Gegeninteressen mit der Zeit immer besser lernen, sich zu rühren und sich gleichfalls zu organisieren. So treten im Augenblick wieder bei den Vermittlungen um das Zustandekommen des Stahlwert-Verbandes die besoubernten Interessen Schlesiens hindernd in den Weg. Die schlesischen Werke sind bei ihrer ganzen Lage weit weniger mit dem Export verknüpft, als die Werke des Westens, die auf einem Vez vorzüglicher Wasserstraßen leicht die See und die zahlungsfähigsten fremden Märkte erreichen. Dazu sollen die Hauptprodukte Schlesiens, wie Stabeisen, Waage und Draht, gar nicht in den Bereich des geplanten Syndikats fallen. Man glaubt also hier weniger an den Segen der Verbandspolitik.

Dagegen scheint man in Schlesiens eifrig an der Vervollkommnung der technischen Ausrüstung gearbeitet zu haben —, womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß der Westen hierin dem Stillstand verfallen sei. Eine Artikelserie der Wossischen Zeitung entwirft von der leztjährigen industriellen Umwälzung Schlesiens ein sehr anschauliches Bild: Die Anwendung der elektrischen Kraft breite sich immer rascher neben der Dampfkraft aus. „Auf der Wanderung durch die ober-schlesischen Eisenwerke begegnet man den imponierendsten elektrischen Zentralen, zumeist von der Union, der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und der Altiengeseellschaft Siemens & Halske, zum Teil auch von der Elektrizitätsgesellschaft Schudert ausgeführt, und schon sind bei verschiedenen großen Werken Erweiterungsbauten der elektrischen Anlagen, so unter anderen in großem Umfang bei der Friedenshütte, im Gange. Hierbei wird immer mehr eine glückliche Kombination der Gasmotoren mit elektrischen Maschinen in Anwendung gebracht, indem man die stark komprimierte Luft der Hochöfen zc. als Antrieb für die Gasmotoren benutzt. . . . Die ober-schlesische Montanindustrie versteht sich nicht nur auf die Verwendung elektrischer Kraft, sondern sie tritt auch, Eigentümliches in elektrischen Maschinen schaffend, selbstständig hervor. In dieser Beziehung hat die Donnersmartschütte eine ausgezeichnete Leistung aufzuweisen. Selbst in bedeutendem Umfang an Grubenbau interessiert, hat dieses Werk, dank der Erfindungsgabe seines Ingenieurs Ignier, ein eigenes System für elektrische Förderanlagen konstruiert, das in mehrfacher Beziehung Vorteile in sich birgt. Es handelt sich bei diesem System um den elektrischen Antrieb von Haupt-Schachtförderanlagen, durch den einerseits die Vereinigung des Dampfmaschinenbetriebs, insbesondere der Fördelanlagen, auf einen Haupttrieb bewirkt werden kann, wie sich andererseits auch Ersparnisse an Dampf und damit an Kohlenverbrauch und an der Größe der im Betrieb zu haltenen Kesselheizfläche ergeben.“ Die Wiederausnutzung des verbrauchten heißen Wasserdampfes ist durch fürnreiche, neue Kondensationsanlagen höher entwickelt worden; die Kesselfeulgabe werden immer erfolgreicher zur Gewinnung von Nebenprodukten (schwefelhaltigem Ammoniak, Leer u. s. w.), sowie zur Heizung ausgenutzt. Auch große Heuanlagen von Hochöfen, Martinhüttenwerken an Stelle alter Weisen- und Puddelanlagen, Erdbelisen und Erträge, sowie von Feinblechwerken, von Kohlenseparationsanlagen sind zu verzeichnen; die Königshütte baut ferner eine Radschneidfabrik. 15 Gruben sind zurzeit neu im Bau begriffen. — Dieser schwarze Wintel wird ein der älteren weißlicheren. deutschen Industrie noch manche Kopfschmerzen bereiten, und auch der deutschen Arbeiterbewegung wartet hier noch manche ungetraute Auf.

Korrespondenzen.

Formen.
Ghemath. Am 25. Oktober fand im Gasthaus zum Adler eine öffentliche Gießereiarbeiterversammlung statt. Zu „Bericht der Agitationskommission“ leitete G. Steinborn mit, in welcher Weise im Geschäftsjahr 1902/1903 gearbeitet worden ist. Es seien sehr viele Abstände in den Betrieben befestigt worden, auch bei geplanten Leistungsreduzierungen und weiteren Differenzen hätte die Kommission durch entsprechendes Eingreifen ihre Pflicht erfüllt. Die Arbeiterausschüsse hätten sehr darauf zu sehen, bei vorkommenden Differenzen erst eine Bepredung der Arbeiter des betreffenden Betriebs zu arrangieren, dort unter sich einig zu werden und dann mit dem Unternehmer zu verhandeln. Es seien viele Fälle zu verzeichnen, wo beratungsvoll Vorgehen mit Erfolg war. Auch die statistischen Erhebungen würden von Jahr zu Jahr wertvoller. Scharf kritisiert Redner das Abziehen des unveranschuldeten Ausschusses. Der Streit bei Vogt wurde eingehend erörtert. Redner mahnt zur größten Vorsicht mit Nebenarbeiten bei Streiks; es seien bei Vogt zwei Kollegen bestraft worden, wozu jetzt noch einer hinter Gefängnismauern liege. Weiter führt Redner aus, es seien beim Übertritt zum Metallarbeiter-Verband von 3000 Beschäftigten 350 Kollegen organisiert gewesen, 1903 dagegen seien 800 organisiert bei 2600 Beschäftigten. Es stehen also noch sehr viele dem Verband fern, weshalb er jeden Kollegen auffordert, die noch schlafenden dem Verband zuzuführen. Kollege Herzog gibt die Abrechnung von der Arbeitslosenliste bekannt und fordert die Anwesenden auf, dieser beizutreten, da sie den Kollegen große Vorteile biete. Dem Kollegen Herzog wurde einstimmig Decharge erteilt. Kollege Wiederemeyer führt die Mißstände bei Herrn Fischer an. Von außen sehe die Gießerei wie eine Villa aus, aber innen ganz anders. Wassereimer und Töpfe sind Luxus. Die Kollegen müssen täglich Bratringe essen und die Büschen als Wassereimer oder Waffelpfanne benutzen. Zimmermann gibt es keinen. Erlaubt sich ein Kollege, Holz zu verlangen, wird er abgewiesen. Mit einer in der glücklichen Lage, Holz zu bekommen, so fehlt ihm wieder das Heil und die Sorge. Immer noch, wie früher. Schlitzen soll sich

der Arbeiter gefallen lassen, aber die notwendigen Hilfsmaterialien glaubt der Unternehmer nicht anschaffen zu brauchen. Auch an Hilfsarbeitern mangelt es. Am schönsten sehe es in der Buzerei aus; im Sommer müssen die Buzer fast verbrennen, im Winter fast erfrieren. Im Frühjahr und Herbst werden sie naß, wenn sie eventuell nicht einen Regenschirm bei der Arbeit aufspannen. Bedner würdelt sich daß da von der Behörde nicht eingegriffen wird. Bei der Neuwahl der Kommission wurden die Kollegen M. Niedermeyer, Zwidauerstraße 104, H. Herzog, Zöllnerstraße 17, H. Kern, Kurze Straße 3, für das laufende Jahr gewählt.

Leipzig. Am 8. November hielten die Formner und Gießereiarbeiter eine öffentliche Versammlung ab, in der Kollege Hertlein über das Leben der Verbannten in Sibirien referierte. Bei „Gewerkschaftliches“ wurde vom Agitationskomitee auf die Nürnberger Firma Berg aufmerksam gemacht, die in hiesigen Blättern Formner sucht, obwohl in Nürnberg gewiß noch genügend Formner arbeitslos sind. Weiter wurde ein Antrag angenommen, die Namen der Schuldner, die Marken- und Listengelder unterschlagen und trotz Aufforderung bis jetzt nicht bezahlt haben, in der Presse zu veröffentlichen. Es sind dies: Emil Schmidt, geb. am 17. Dezember 1856 in Morgenröthe; Emil Mucker, aeb. am 30. September 1870 in Morgenröthe; Richard Lange, geb. am 17. September 1874 in Schoplauf; Max Tschow, geb. am 30. November 1869 in Stötteritz; Otto Lehmann, geb. am 2. März 1851 in Weipen; Reinhold Wolff, geb. am 30. Dezember 1879 in Möllitz; Richard Wolf, geboren am 22. Dezember 1871 in Rumbösch; Karl Wollebrandt, geb. am 8. Januar 1868 in Königsberg; August Thielemann, Franz Seifert, Zähmig, Wilhelm Hofmann.

Nürnberg. Gegenwärtig ist Nürnberg der reinste Zustichtsort für reisende Formner. Aus allen Gegenden kommen sie nach Nürnberg, und alle sind der Meinung, hier eine dankende und gute Beschäftigung zu finden. Am meisten sind die sächsischen Kollegen hier vertreten, hat man doch den Vorort Mögeldorf, wo die Gießerei Berg sich befindet, das „sächsische Mögeldorf“ getauft. Die Firma Berg ist eine der größten Gießereien Nürnbergs, es arbeiten zirka 80 bis 85 Formner darin, der Wechsel ist aber sehr groß. Täglich fangen Formner an, andere hören wieder auf. Die meisten hören immer gleich nach dem ersten Zahlung auf, und wer einmal bei Berg gearbeitet hat, der geht nicht mehr hin. Der Tagelohn ist sehr niedrig, 33 bis 36 Pf. die Stunde ist schon viel, über 40 Pf. geht es selten hinaus; wer diese verdienen will, muß schon ein vorzüglichlicher Formner sein. Mit diesem geringen Lohn ist es aber nicht möglich in Nürnberg zu leben. In der Gießerei ist so wenig Material (Siebe, Stampfer, Sandkasten und sonstiges) vorhanden, daß man den Anforderungen, die an einen gestellt werden, nicht nachkommen kann. Erst im Laufe der letzten Woche fand eine Werksstättenversammlung statt, in der diese Missetände stark kritisiert wurden. Die Kommission, die in der Versammlung gewählt wurde, sollte am nächsten Tag bei Herrn Berg vorstellig werden und um Beilegung der Missetände nachsuchen. Herr Berg erklärte sich bereit, genügend Material zu beschaffen, ebenso erklärte er, jede angefangene Viertelstunde bezahlen zu wollen. Bisher war dies nicht der Fall, sondern, wenn die Formner noch bis 10 Minuten nach 6 Uhr arbeiteten, bekamen sie für diese Zeit (10 Minuten) nichts, und wenn sie bis 10 Minuten nach 7 Uhr arbeiteten, erhielten sie nur eine halbe Stunde bezahlt. Wenn man Herrn Berg hört, zählt er immer drauf, wo er das Geld dazu hernimmt, ist sein Geheimnis, da zu dem Betrieb nur noch etwas Brückenbau und Dreherei gehört. Also scheint es, daß diese zwei kleinen Betriebe die ganze Gießerei herausreißen müssen. Verlangen aber diese Arbeiter mehr Lohn, dann wird auch da „draufgezählt“. Solche Forderungen sollte man den Arbeitern doch nicht mehr vormachen, denn dies glaubt ja doch niemand mehr. Wenn wir Herrn Berg einen guten Rat geben dürften, dann wäre es der, die Formner besser zu bezahlen und sein oben erwähntes Versprechen zu halten, dann wird der große Wechsel unter den Formnern in seiner Gießerei bald aufhören. — Die Firma Decker zählt auch immer auf die „hohen Formnerlöhne“ drauf, deshalb mag auch kein fremder Formner bleiben, denn diese wollen die arme Firma nicht schädigen. Die Löhne sind in dieser Gießerei gegen früher auch sehr gekürzt worden. Was die Affordlöhne betrifft, so sind auch diese ungeheuerlich gekürzt worden. Auch bei dieser Firma geht es ein und aus wie in einem Wienenhaus. Früher, als die Formner in dieser Gießerei noch etwas verdienten, kam sehr selten ein Wechsel der Formner vor, aber seitdem Herr Decker als Teilhaber eingetreten ist, langt es überall nicht mehr. Herr Decker ist auch ein großer Organisationsfeind, vom Metallarbeiter-Verband will er absolut nichts wissen. Nun, wenn die dortigen Kollegen auch in Zukunft fest zusammenstehen, dann wird sich Herr Decker eben auch noch fügen müssen. — Die Firma Fried, eine der ältesten Gießereien in Nürnberg, sollte ebenfalls ihre Formner besser bezahlen, damit sich diese nicht immer zu beschweren brauchen. — Die Firma Späth am Außenbüchel ist schon von jeher eine Lohnbude. Da es aber in letzter Zeit vorgekommen ist, daß den Formnern Afford angeboten wurde, so möchten wir den Kollegen raten, bei ihrem alten Verhältnis zu bleiben und den Afford rundweg abzulehnen. — Bei den Firmen Braun und Scharrer & Groß haben sich die Verhältnisse in bezug auf die Tagelöhne gegenüber früher nicht verschlechtert. Bei Scharrer & Groß haben sich aber die Affordlöhne etwas verschoben, die aber wieder zurückgeholt werden können, wenn die Kollegen darauf bestehen. — Die Firma Red läßt in bezug auf Bezahlung auch viel zu wünschen übrig. Auch der Wechsel mit Formnern ist in diesem Betrieb fast. Das Überstunden- und Sonntagstarbeitsystem hat überhand genommen, deshalb sind die Verhältnisse auch so schlecht. Die Kollegen dieser Bude sollten die Verhältnisse fleißiger besuchen, damit wieder über Besserung der Zustände beraten werden kann. — Die Gießerei von Siemens-Schudert ist noch sehr jung, aber trotzdem hört man schon von Affordreduzierungen, Überstunden und Sonntagstarbeiten. Den dortigen Kollegen rufen wir zu: Gehen in den Verband, damit die bestehenden Verhältnisse nicht noch mehr verschlechtert werden. — Die Firma Edward Carnshaw ist eine der rückständigsten von allen Nürnberger Gießereien. Die Löhne sind sehr niedrig, auch an Arbeitsmaterial fehlt es überall. Was die Beleuchtung und Ventilation anbelangt, so spotten sie aller Beschreibung. Nicht viel soll man in dieser Bude leisten, wenn man aber den ganzen Tag die Dampfnägel in der Hand haben muß, um etwas sehen zu können, so ist es leicht begreiflich, daß man nicht so viel leisten kann, als wenn man die Hände frei hat. Getrieben wird genug, deshalb sollte man aber auch den Formnern etwas mehr Lohn geben. — Über die Gießerei der Altweltfirma Maschinenbau-Actiengesellschaft Nürnberg-Augsburg könnte man sehr viel schreiben. Seit dem Umzug von der alten zur neuen Fabrik ist alles viel umgedreht. Den Ruf als „Verorgungsanstalt“ hat diese Firma seit dieser Zeit verloren. In früheren Jahren war es eine Seltenheit, in dieser Gießerei Arbeit erlangen zu können. Heute ist dies anders; wie in den vorigen Wintern, so geht es auch da ein und aus. Seit 1900, nach dem Streik, hat da die Vielmeißerei so überhand genommen, daß man sich vor lauter Meißern gar nicht mehr auskennt. Die alten Meister, die in diesem Betrieb groß geworden, aber heute noch rüstig sind, werden durch jüngere ersetzt. Das heißt, die alten sind schon da, aber nach der Meinung der Ingenieure verstehen diese nichts. Trotzdem unter deren Leitung bessere Affordlöhne bezahlt wurden als heute, prosperierte der Betrieb ausgezeichnet. Na, damals wurde auch nicht so viel Ausschuß gemacht. Heute aber probieren die Ingenieure mit den jungen Meißern so viel, und dann soll hier und dort etwas eingepart werden. Sieht man nach, dann ist einmal dieses, das andere Mal jenes Stück Ausschuß. Würden diese Künstler so weiter arbeiten, wie es die früheren Meister getan haben, dann würden sie ihren Lohn eher verdienen und für die Formner bliebe auch mehr übrig. Was die Abzüge an den Affordlöhnen betrifft, so kann man ihn im Durchschnitt auf 20 bis 30 Prozent annehmen. Daß unter solchen Umständen nichts ordentliches mehr verdient werden kann, ist begreiflich. Man sollte doch meinen, die jungen Meister wären geschickter und würden bessere Preise machen, da sie früher doch selbst mitgearbeitet haben und vielleicht später wieder mitarbeiten müssen. Einfender dieses glaubt nicht, daß der Herr Oberbaurat

Rieppel von dieser Preisschänderi etwas weiß. Wenn dies der Fall wäre, dann stünde das mit seinen früheren Aussagen: „Er wolle haben, daß seine Arbeiter etwas verdienen“, in Widerspruch. Weiß Herr Rieppel nichts davon, dann möchten wir ihn höchst erfinden, diese Verhältnisse einmal zu untersuchen, damit sie beseitigt werden. Den alten Kollegen, die immer sagen, jetzt wäre es Zeit, wieder etwas anzufangen, möchte ich raten, sich der Organisation anzuschließen und dann selbst einmal anzufangen; die jungen Kollegen werden ihnen nicht in den Rücken fallen. — Zum Schluß machen wir die hiesigen Formner darauf aufmerksam, daß der Schiedsspruch von 1894 noch voll und ganz besteht. Es ist nun ihre Pflicht, ihn in allen seinen Teilen hochzuhalten.

Metallarbeiter.

Augsburg. Die Koalitionsfreiheit der hiesigen Uhrfedermacher und ein schmählicher Arbeiterverrat. Vor einiger Zeit berichteten wir, daß sich die hiesigen Uhrfedermacher in den Deutschen Metallarbeiter-Verband mit einigen Ausnahmen organisiert haben. Dies fuhr den Prinzipalen ganz gehörig in die Knochen und die Firma Mader & Co. glaubte sofort eine Maßregelung vornehmen zu müssen. Diese hielten wir hinten, indem die Arbeiter sich in keiner Weise beirren ließen. Faul, sehr faul muß es in den ganzen Betrieben sein, sonst könnten die Herren keinen so heillosen Respekt vor der Organisation haben. Wir werden noch in nächster Zeit auf dieses Vorgehen ausführlich zurückkommen. Die letzten Wochen wurde nun alles versucht, die Arbeiter wieder aus der Organisation zu bringen und es fanden sich hierzu auch die Werkzeuge, von denen man es am letzten erwartet hätte, daß sie sich dazu hergeben, da diese gerade die größte Scharfmacherei getrieben haben. Diesen Individuen wurde von der Firma alles mögliche erzählt und schließlich noch die Vorarbeiterstelle versprochen, und so kam es, daß sie in der Lage waren, die Arbeiter wieder aus der Organisation zu treiben. Nicht in der Überzeugung sind die Arbeiter dem Drucke nachzugeben, nein, nur um die Position zu halten und Personen entlassen (der Vorarbeiter und ein Arbeiter) und für ihre Kündigungzeit der Lohn im voraus bezahlt. Die Firma schwimmt nun in Wonnen. Aber eine Frage: Wer glaubt ihr, Arbeiter, wer die 208 Mk. Kündigungszahlung und wer das Versöhnungsmahl vom Samstag, den 14. November, bezahlen muß? Wir könnten euch die Antwort treffend geben, behalten sie aber für bessere Zeiten uns vor. Dreißig Männlein und vier Weiblein haben am Samstag, den 14. Nov., im Gasthaus zum Dierlamm auf Geheiß der Firma Mader & Co. diesen schändlichen Arbeiterverrat gefeiert. Ein Pektoliter Bier, Braten und Zigarren, das war es, was die Leute bis morgens 5 Uhr zusammenhielt. „Neben“ wurden gehalten von den Herren Mader und Worell, und man höre, von dem Musterarbeiter und unumwogenen Vorarbeiter Jakob Frey. Die Firma versprach den Arbeitern sehr viel, wenn sie brav blieben. Wir aber erklärten, daß der Kassenjämmer über dieses Mahl nicht ausbleiben wird. Und dem gleichen Abend hat es bei einzelnen Arbeitern schon gebannt, indem sie unter sich sagten: „Ob wir dies wohl nicht jagen müssen“? Gewiß! Ihr Hintergangenen! — Den Metallarbeitern Augsbürgs möge dieser Vorgang ein warnendes Zeichen sein. Nun noch eins. Dieses Schauspiel hat auch die Firma Rahn & Sander in sehr große Bewegung gesetzt. Das unglaubliche wurde auch hier geleistet. Die Arbeiter aber erklärten, ruhig die Dinge abzuwarten, die da kommen sollten.

Düsseldorf. „Es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt.“ Unter diesem Spruch befindet sich in Nr. 23 des Organs des christlichen Metallarbeiter-Verbandes ein Artikel, der sich mit drei öffentlichen Metallarbeiterversammlungen beschäftigt, die in den letzten Wochen in Düsseldorf abgehalten wurden. Die Ursache der Versammlungen war folgende: Am 26. September einberufen, in welcher die Herren Wieber & Minter referierten. Als 3. Punkt hatte man „freie Diskussion“ auf die Tagesordnung gesetzt. Wenn auch einige Mitglieder unseres Verbandes die Versammlung besuchten und 10 Pf. Entree bezahlten, so natürlich nur aus dem Grunde, um an der „freien Diskussion“ teilzunehmen. Sie hatten allerdings die Rechnung ohne den Wirt, d. h. in diesem Falle unsere Kollegen in Christo, gemacht. Als der zweite Referent, Herr Minter, genötigt hatte, wies der Zeiger der Uhr auf fünf Minuten vor 11. Da wir in Düsseldorf um 11 Uhr in öffentlichen Versammlungen Polizeistunde haben, blieben für die „freie Diskussion“ noch fünf Minuten. Die Redezeit wurde auf fünf Minuten festgesetzt, so daß von unserer Seite ein Redner das Wort auf die an Kollegen auf den hingeworfenen Broden und kündigten an, daß wir in einer von unserer Seite einberufenen Versammlung die Diskussion fortsetzen würden. Diese Versammlung fand demnach am Sonntag den 11. Oktober im Karlsplatz vormittags 10 1/2 Uhr statt. Zum ersten Punkt referierte Kollege Spiegel über die Berliner Auspeppung. Zum zweiten Punkt stand Fortsetzung der Debatte von der oben erwähnten christlichen Versammlung auf der Tagesordnung. Minter stellte den Antrag, die Redezeit wieder auf fünf Minuten zu beschränken. Der Antrag wurde natürlich abgelehnt. Es sprachen nun von uns die Kollegen Schweitzer und Ottilie, sowie ein Mitglied des Maurer-Verbandes, im ganzen etwa 20 Minuten lang. Nun erhob das Wort Herr Minter, dieser sprach — 80 Minuten und endigte 2 1/2 Uhr. Natürlich rüsten sich die Versammlungsbesucher zum Mittagessen und waren wir wiederum gezwungen, die Versammlung zu vertagen. Die Fortsetzung der Versammlung fand dann am Montag den 19. Oktober im Gewerkschaftshaus statt. Herr Minter hatte nun das schöne Plättchen ausgeheckt, uns in unserm eigenen Heim zu überreden. Er hatte Zettel anfertigen lassen, in denen nicht nur die Metallarbeiter, sondern auch die christlichen Holzarbeiter, Maurer u. s. w. aufgeführt wurden, diese Versammlung zu besuchen. „Christliche Arbeiter! man will euch abnutzen“ — hieß es auf den Zetteln, und auf diesen Ton war auch der übrige Inhalt gerichtet. Frühzeitig waren denn auch die Gewerkschaftsmitglieder erschienen und triumphierend blickten sie im Saale umher. Aber ach! sie hatten sich getäuscht, es langte nicht. Es langte auch nicht anwährend. Gleich nach Eröffnung der Versammlung stellte Minter den Antrag, ein neues Bureau zu wählen und dieses paritätisch zu besetzen. Da die Versammlung lediglich eine Fortsetzung vom 11. Oktober war, wurde der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt. Es langte nicht! Der Vorsitzende, Kollege Grapp, verlas nun die Namen auf der noch vorhandenen Rednerliste, sie enthielt 9 Namen, darunter ein Christlicher. Minter stellte nun zur Geschäftsordnung den Antrag, diese Rednerliste dahin zu ändern, daß abweichend einem christlichen und einem „Sozialdemokraten“ das Wort zu erteilen sei. Die Versammlung lehnte diese unveränderte Zustimmung mit großer Mehrheit ab. Nun forderte Minter die Christlichen auf, das Wort zu verlassen, welcher Aufforderung sie auch nachkamen. Es verließen etwa 60 bis 70 Mann den Saal. 300 bis 350 blieben zurück. Kläglich ist noch keine „Überwältigung“ gescheitert. Die Versammlung wurde natürlich zu Ende geführt und das Gebahren der christlichen Herrschaften vor den einzelnen Diskussionstendern ins rechte Licht gerückt. Nachdem die „Überwältigung“ im „sozialdemokratischen“ Gewerkschaftshaus gescheitert war, haben die Gewerkschaftsmitglieder ihrem Unmut in ihrem Organ Luft gemacht und zwar unter dem einwandszitterten Spruch: „Wenn wir in möglicher Kürze auf den zweispaltigen Bandwurm eingehen, so geschieht dieses ebenfalls unter einem Vorwand und zwar: Du sollst kein falsches Zeugnis geben wider deinen Nächsten. Es ist nämlich selten in zwei Spalten so viel gelogen worden wie dort. Auf das Geschriebel selbst einzugehen, verlohnt sich nicht der Mühe. Sachliche Momente sind nicht darin enthalten. Wir wollen nur eine Reihe von Unwahrheiten feststellen. Wir waren ja schon öfter in der Lage, den Herren Unwahrheiten nachweisen zu können, speziell dem Herrn Minter. Die erste Unwahrheit ist, daß der Kollege Schneider in Mannheim den Führer der Hirsch-Dunderfischen in öffentlicher Versammlung zum Ringkampf aufgefordert habe. Weiter wird behauptet, daß der Kollege Ottilie gesagt habe, der Metallarbeiter-Verband mit 150.000 Mitgliedern könne überhaupt keinen Streik verlieren. Das ist die zweite Unwahrheit. In Stuttgart

die von uns verbreitet wurden, befand sich ein Druckfehler, es hieß statt Metallarbeiter „Mitarbeiter“, der christliche Artikelschreiber behauptet nun, daß bei Baternfangerei. Unwahrheit ist Nr. 81. Weiter wird behauptet, die Versammlung im Karlsplatz sei sehr minimal besucht gewesen; ebenfalls eine grobe bewußte Unwahrheit. Es waren 350 bis 400 Personen anwesend. Weiter heißt es in dem Artikel bezüglich der obigen Versammlung: „Ein Antrag unserer Kollegen wurde abgelehnt.“ Auch das ist unwohl. Ferner wird gesagt: Während der Ausführungen Minters seien unsere Mitglieder wütender geworden, wie ein Stier vor einem roten Lappen. Wir konstatierten Heiterkeitsausbrüche und Bachsalven begleitet waren, von Wut keine Spur. Also auch hier gelogen. Die Behauptung, daß bei Minter zwei Mitglieder des christlichen Verbandes sich dem Vorgehen der übrigen Kollegen nicht angeschlossen, beruht auf Wahrheit, das Gegenteil ist Unwahrheit. Die achte Unwahrheit ist die, daß Grapp behauptet haben soll, wir haben die Macht und die über wir auch aus. Wenn der Artikelschreiber zum Schluß noch behauptet: „Nachdem die Christlichen den Saal verlassen hatten, war derselbe über die Hälfte leer“, so wollen wir ihm diese Behauptung schenken. Wer hat denn die christlichen Anträge mit großer Mehrheit abgelehnt? Jeder bliamiert sich so gut wie er kann. Zum Schluß möchten wir noch eine Bemerkung registrieren, die dem Artikel angehängt ist, es heißt da: „Möge man in christlichen Versammlungen konsequent ein für allemal sozialdemokratischen Rednern das Wort verweigern.“ Man will also zu der früher geübten Praxis zurückkehren. Nun, uns kann's recht sein. Wir werden diesen Spuren nicht folgen. Lügen haben kurze Beine, auch dann, wenn Diskussion ausgeschloffen ist. Die „feigen Gesellen“ werden schon dafür sorgen, daß den Herren auf die schwarzen Finger und auf ihr Lügenmaul geklopft wird, wenn sie mit der Wahrheit in Konflikt geraten. Herr Minter behauptet immer, nur auf dem Boden des Christentums kann der Arbeiter seine Lage verbessern. Wenn er diese Behauptung wieder aufstellt, mag er gleich anfragen: Nur auf dem Boden seines Christentums kann in solch unverschämter Weise gelogen werden.

Essen. Überstundenunwesen. Zum Leidwesen der vorwärtsstrebenden Arbeiterschaft gibt es immer noch Arbeiter, die an dem von den Unternehmern und ihren Soldknechten gepredigten Grundsatz: Lange Arbeitszeit — großer Lohn, kurze Arbeitszeit — kleiner Lohn glauben, obwohl er tausendmal widerlegt und die Arbeiter-schaft es immer und immer wieder am eigenen Leibe zu spüren bekommt, wie richtig diese Sorte von Beratern aus diesem Grundstoffs für sich Kapital zu schlagen versteht. Das sieht man so recht bei Krupp, wenn Millionenaufträge eingehen. Je schneller die Aufträge erledigt sind, desto früher fließen die Millionen in die Tasche der Firma. Augenblicklich wird Tag und Nacht dort gearbeitet, auf vielen Stellen wird die Nachtschicht auf elf Stunden gestreckt, mit der Motivierung, daß dann die Arbeiter mehr zu verdienen vermögen, weil die Tageschicht ebenfalls Überstunden macht, sich also besser stellt. Viele Arbeiter, nicht allein hier in Essen, sondern allerorts, wo man mit dem Überstundenunwesen zu rechnen hat, behaupten ganz richtig, man solle den sogenannten Hilfsmitteln: den Überstundenverdienst streichen, dann würden die Überstunden auch bald verschwinden. So ist es auch; gerade diese Herren sind die Befürworter der Überstunden, sie wijfen den Betriebsleitern in allen schönen Farben zu schildern, wie notwendig die Überstunden seien. Die Schlagsache würde aber bald eine andere werden, wenn die Herren keine Überstunden bezahlt bekämen. Die Arbeiter, die Tag- und Nachtschicht gearbeitet haben, wissen es, wie die Gesundheit durch die Überstunden untergraben wird. Gewisse Leute meinen freilich, daß die Arbeiter nur deshalb in die Welt gesetzt sind, um sich für den Unternehmer so schnell wie möglich zu ruinieren. Das Leben und die Gesundheit eines Arbeiters schätzen wir aber doch höher ein, als den eines Tagesdiebes, der vielleicht in einer Nacht mehr verprast, als was Hunderte von fleißigen Arbeitshänden in einem Tage geschaffen haben. Jeder einsehbare Mensch verlangt Verrückung der Arbeitszeit; die Männer der Wissenschaft weisen mit Recht darauf hin, wie die Gesundheit ganzer Generationen durch die lange Arbeitszeit ruiniert wird. Jedermann weiß, daß je voller die Landstraßen sind, je übermütiger die Fabrikanten werden. Es sind ja draußen genug, die auch mit dem wenigsten zufrieden sind, denken die Herren, und das ist die Zeit, wo den arbeitenden Kollegen Abzug auf Abzug gemacht wird. Dann wird empfohlen, Überstunden zu machen, um wieder auf den alten Verdienst zu kommen. Bei den Fabrikanten bedeutet eine Schicht 24 Stunden; ob der Arbeiter nun 10 oder 14 Stunden arbeitet, es ist bei ihnen nur eine Schicht. Der Fabrikant rechnet dann aus, daß der Arbeiter an einem Tage so und so viel verdient hat, wie viele Stunden er gearbeitet hat, ist Nebensache. Daher heißt es nicht: Lange Arbeitszeit — großer Lohn, sondern kurze Arbeitszeit — großer Lohn, lange Arbeitszeit — kleiner Lohn. Um das Maß der Verbitterung voll zu machen, geht das Gerücht um, es solle zu einem Denkmahl für den verstorbenen Firmeninhaber Krupp unter den Arbeitern gesammelt werden. Laß die Toten ruhen! Wer ein Denkmahl wünscht, der mag zusehen, wo er das Geld dafür bekommt, die Arbeiter aber haben kein Bedürfnis dafür, sie lassen die Toten ruhen.

Ferne. Am 14. November fand hier eine Werksstättenversammlung der Arbeiter der Ferner Ferd Fabrik, G. m. b. H., statt. Den Anlaß dazu gab ein von der Firma im vorigen Monat erlassenes Verbot, worin den Arbeitern streng unterjagt wird, während der Pausen von 8 bis 8 1/2 Uhr, sowie nachmittags von 4 bis 4 1/2 Uhr die Fabrik zu verlassen, überhaupt Bier, Butterbrot, Käse oder sonstige Lebensmittel, wenn solches von den Arbeitern verossen wird mitzubringen, von anderen holen zu lassen. Dieses Verbot kam so überraschend, da den Arbeitern dieser Firma, so lange die Fabrik besteht (6 bis 7 Jahre) die größte Freiheit während der Pausen gewährt wurde. Am ist vor kurzer Zeit ein neuer Geschäftsführer, namens Träger, eingeführt worden. Dieser ist den hiesigen Arbeitern noch von früher her, wo er bei der Firma Baum, Maschinenfabrik, tätig war, bekannt. Er zeigt sich so dienstfertig, daß er morgens schon vor 6 Uhr die Fabrik nach Heringschwänzen und leeren Bierflaschen abführt. Wenn er so weitermacht, wird er auch noch den Betriebsleiter ersetzen. Nun hatte eine Kommission des Hirsch-Dunderfischen Gewerksvereins der Klempner und Metallarbeiter ein Schreiben an den Aufsichtsrat genannter Firma gerichtet, worin höchst gebeten wurde, dieses Verbot zurückzunehmen. Das wurde jedoch rundweg abgelehnt. Nun nahmen sämtliche Vertreter der verschiedenen Organisationen in einer Sitzung Stellung dagegen und es wurde beschloffen, einmütig vorzugehen. Nach verschiedenen Ausführungen einzelner Kollegen in dieser Werksstättenversammlung nahm zuerst unser Kollege Hauswald aus Düsseldorf als Vertreter unseres Bezirksleiters Spiegel das Wort. Er führte an, daß dieses Verbot keinen sittlichen Grund habe. Er ermahnte die Arbeiter, sich sämtlich zu organisieren. Von den etwa 70 dort Beschäftigten sind 23 im Gewerksverein der Klempner und Metallarbeiter (Hirsch-Dunder), 4 im Deutschen Metallarbeiter-Verband, 3 im Glaser-Verband, 2 im Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter (Hirsch-Dunder) und 1 im Zentralverband der Maurer. Auch rügte der Redner sehr scharf die Schlichtungsbehörde auf dem Werke. In gleichem Sinne sprachen sich auch die Bezirksleiter der anderen Organisationen aus. Nach längerer Beratung wurde von einer Aktion gegen die Firma Abstand genommen, jedoch auf Antrag unseres Kollegen Hauswald ein Fabriksausschuß gewählt, bei dem jede Gewerkschaft benachrichtigt wurde. Diese Kommission wurde beauftragt, einen Tarifvertrag auszuhandeln und der Firma vorzulegen. Von sämtlichen Organisationen wurde die Sperre über betreffende Firma verhängt. Zugang von Metallarbeitern ist daher streng fernzuhalten.

Siel. Kartoffeln und Geringe für die Arbeiter der Kaiserlichen Werft. In der letzten Zeit nahmen wir Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß man im Betrieb der Kaiserlichen Werft bestrebt sei, die Affordlöhne immer mehr herabzudrücken. Dieser Tage hat sich nun auf der Werft ein Vorgang abgespielt, der derartig bezeichnend ist, daß wir nicht ruhig können, ihn, soweit er zu unserer Kenntnis gelangt ist, der Öffentlichkeit zu übergeben. Es handelt sich um folgende Tatsache: Am 14. November vormittags 11.10 Uhr

hatte der Marine-Oberbaurat Hillmann die sämtlichen zum Schiffbau gehörenden Meister und Werkführer auf dem sogenannten Schürboden zusammenberufen. Hier hielt der Herr an die Anwesenden eine Ansprache, die nach dem Bekunden eines unwilligen Orenzenzogen etwa folgenden Inhalt hatte: Auf der Kaiserlichen Werft in Kiel würden die daselbst hergestellten Arbeiter viel zu teuer. Die Anwesenden sollten sich die Danziger Werft als Muster nehmen. In Danzig wären die Arbeiter auch mit Kartoffeln und Heringen zufrieden. Solches Anjinnen wolle er an die Kieler Arbeiter nun zwar nicht stellen. (Sehr gnädig!) Das eine aber sei zweifellos, die Kieler arbeiteten viel zu langsam, sie müßten die Beine mehr in die Hand nehmen. Er habe sich — und nun kommt die Praxis des Herrn Oberbaurats — ein eigenes Affordsystem ausgedacht. Dieses gehe dahin, zur Festsetzung des Preises für jede Arbeit einen Kalkulator anzustellen. Wenn ein Arbeiter dann mit dem angelegten Affordpreis nicht auskomme, soll ein anderer Mann mit der Fertigung betraut werden. Gelingen es diesem, mit dem Preis auszukommen, soll der erstere Arbeiter im ersten Fall einen Verweis (!) erhalten, bei einem zweiten Falle solle er bestraft (!) werden, beim dritten Falle jedoch wegen mangelhafter Befähigung seine Entlassung erhalten. (!!) Nachdem der Oberbaurat diese gewichtigen Worte gesprochen, versuchte er zwar, seinen Ausführungen in etwas die Schärfe zu nehmen, indem er erwähnte, daß er ja auch das Wohl des Arbeiters wolle und solches schon dadurch bekundet habe, daß er die vor einiger Zeit eigentlich notwendig gewordene Entlassung einer größeren Anzahl Arbeiter nicht zur Ausführung brachte. — Da haben wir den Salat! Daß die Schiffe auf den fiskalischen Betrieben viel zu teuer werden, ist klar. Erstens wird die Arbeit dort weit sauberer hergestellt, dann aber wird die Verteuerung auch herbeigeführt durch die ungeheuerlich vielen Veränderungen, sowie die oft grenzenlose Verschwendung des teuren Materials. Wir erinnern an unsere früheren Ausführungen über den Bau des Panzerkreuzers „Bismarck“, die Veränderungen der Einrichtungen auf der „Hohenoller“ und vieles andere mehr. Zudem wir im Namen der Arbeiter schon heute den schärfsten Protest gegen die nach Kartoffeln und Heringen riechende neue Affordtabelle einlegen, behalten wir uns vor, dem Plan des Herrn Baurats innerzeit noch näher zu treten. Den auf der Werft beschäftigten Arbeitern aber rufen wir zu: Wer nicht vollständig auf den Hund kommen will, wer nicht sieben Tage in der Woche von Kartoffeln und Heringen leben will, der schließe sich seiner Gewerkschaft an, ehe es zu spät ist. Hiweil in die Organisation!

Kottbus. Bisher haben die hiesigen Kollegen sehr selten den Namen der Metallarbeiter-Zeitung in Anspruch genommen und dadurch wohl bei vielen Kollegen den Glauben erweckt, daß die Arbeitsverhältnisse in der Metallindustrie an hiesigen Orte recht günstige seien. Doch das gerade Gegenteil ist der Fall. In den meisten Betrieben besteht hier die zehn- und elfstündige Arbeitszeit, aber auch leider meist nur auf dem Papier. Das Überstundenunwesen steht hier noch in höchster Blüte, und leider gibt es auch hier noch recht viele Kollegen, die sich förmlich darnach drängen. So ist bei der Firma Staus & Nutz eine Arbeitszeit von hundert Stunden in der Woche durchaus keine Seltenheit. Ist es doch schon vorgekommen, daß in diesem Betrieb einzelne Kollegen bis zu dreißig Stunden hintereinander gearbeitet haben. Natürlich „freiwillig“, wie der Unternehmer sagt. Mit der Freiwilligkeit ist es auch hier ein recht eigenartliches Ding; Zwang ist es nach dem Unternehmer nicht, aber wer die Überstunden nicht macht, kriegt hinaus. Ähnlich, wenn auch nicht ganz so schlimm, steht es in den meisten Betrieben aus. So in der Kottbuser Maschinenbau-Aktiengesellschaft, bekannt unter dem Namen „Mittelnbude“. Auch hier verlangt man von den Arbeitern, besonders den Drehmern, häufig Überstunden, oft bis zwölf Uhr nachts. Wenn sich die Arbeiter weigern länger zu arbeiten, werden sie mit Geldstrafen und Entlassung bedroht. Allerdings ist es in letzter Zeit, dank dem einmütigen und festen Zusammenhalten der Kollegen, der Diktation nicht gelungen, ihre diesbezüglichen Wünsche durchzusetzen. Was die Löhne betrifft, so gilt auch für Kottbus der alte Erfahrungssatz: Lange Arbeitszeit, niedrige Löhne. Die Stundenlöhne, auch bei Afford, bewegen sich zwischen 18 und 35 Pf. pro Stunde, und nur wenige Glücklich sind in der Lage, etwas mehr zu verdienen. In der Kesselschmiede von Gust. A. Kahl erhalten zum Beispiel ältere tüchtige Werkzeugmacher einen Stundenlohn von 28 Pf. Die Lage der Arbeiter dieser Fabrik ist eine so schlechte, daß sie es eigentlich als Glück betrachten müßten, diesem Elend so den Rücken kehren zu dürfen. Und doch ist gerade in diesem Betrieb die Angst vor der Entlassung die größte. Aus diesem Grunde mag es auch fast kein Kollege, sich der Organisation anzuschließen. Die Behandlung der Arbeiter in den meisten der hiesigen Betriebe zeigt so recht, daß Kottbus im preussischen Zunderparadies liegt. Die meisten der Unternehmer und Meister verlangen von den Arbeitern eine Untertänigkeit, die heißt an die Zeit der Leibeigenschaft erinnert. Was es Arbeiter einmal, sich auch nur leise dagegen aufzulehnen, so wird ihnen gleich mit dem Hammerschmeißer gedroht. Sie sind dann „Fecher und Aufwiegler“, eine „Schwartzbande“, die man überhaupt in dem Betrieb nicht dulden darf. Die hygienischen Einrichtungen lassen alles zu wünschen übrig. Ventilationen, Wascheinrichtungen u. d. sind hier ganz unbedeutende Dinge. Gute Schutzeinrichtungen sind selten vorhanden. Auch Einrichtungen, die, wie gute Belüftung, mehr nach dem Unternehmer als dem Arbeiter zugute kommen, werden durchaus für überflüssig gehalten. Jetzt hat hier in den letzten Wochen, gefördert durch eine kräftige Agitation, die Organisation sehr gute Fortschritte gemacht. Dieser Umstand ist den Unternehmern natürlich sehr unangenehm und man versucht daher, sich der organisierten Kollegen zu entziehen oder sie einzuschüchtern. Aus diesem Grunde werden in auswärtigen Zeitungen, besonders in Görlich, Sorau, Arnswalde, Siegnitz u. s. w. sowie auch in Pommern Dreher, Schloffer, Formner und Maschinenarbeiter gejagt. Besonders die Kottbuser Maschinenbau-Aktiengesellschaft sucht durch Inzinate, in denen hoher Lohn und dauernde Beschäftigung versprochen wird, Metallarbeiter zur Reize nach Kottbus zu verleiten. Zu spät werden aber die auf den Seiten liegenden Kollegen gewahrt, daß sie nur zu ihrem Schaden nach Kottbus gekommen sind, denn eingekauft werden sie nicht, oder es wird ihnen ein solcher Lohn geboten, daß sie von selbst verzögert, dafür zu arbeiten. Neben sich ältere Kollegen, so heißt es: Es werden nur jüngere Kräfte eingekauft; melden sich jüngere Kollegen, so heißt es: Wir können nur ältere Leute gebrauchen, so daß fast alle Kollegen nur eine Hoffnung reicher und um das Meiste Geld armer die Städ- oder Weiterreise antreten müssen. Es ist daher den Kollegen Deutschlands, ehe sie die Reize nach Kottbus antreten, dringend zu empfehlen, sich vorher bei der hiesigen Ortsverwaltung zu erkundigen. Auch die förmlichen Offerten der sich meldenden Arbeiter werden von den Meistern nur dazu benutzt, auf die hier beschäftigten Arbeiter einen Druck auszuüben. Das es nicht einmal an Arbeitskräften ist, der die Kottbuser Maschinenbau-Aktiengesellschaft zu ihrem Arbeiterverlaßt, beweist die Tatsache, daß die Meister dieser Fabrik schon heute ihren Arbeitern, besonders den Drehmern, wenn sie nach neuer Arbeit fragen, erklären: „Ja, wenn Sie welche mitgebracht, dann können Sie welche bekommen.“ Auch haben schon einzelne Entlassungen stattgefunden. Wenn das Unternehmen in Kottbus nur gewillt ist, den Arbeitern anständige Arbeitsbedingungen zu gewähren und gute Löhne zu zahlen, dann bekommt es in Kottbus genügend Arbeitskräfte und braucht sich nicht auf die Suche nach auswärtigen zu begeben. Darum, Komme kein Kollege nach Kottbus, ohne sich vorher bei der Ortsverwaltung zu erkundigen.

mit sie nicht ihr Geld verfahren. Es wird auch hier gelingen, bessere Zustände zu schaffen, wenn der Zugang ferngehalten wird.

Neugersdorf i. S. In der Eiswarenfabrik von Thiele haben die Arbeiter von jeher über schlechte Arbeitsverhältnisse geklagt. Da seit einiger Zeit der Geschäftsgang ein etwas flauer ist, so nahm Herr Thiele eine unerhörte Lohnreduktion vor, trotzdem er doch zweifellos im vergangenen Sommer, wo fortwährend länger gearbeitet werden mußte, viel verdient hat. Die Arbeiter, die leider zum größten Teil nicht organisiert sind, waren natürlich darüber aufs höchste empört. Die organisierten Arbeiter der Firma hatten eine Werkstübenarbeiterverammlung arrangiert, in der der Agitationsleiter des Metallarbeiter-Verbandes für Sachsen, Kollege Haack-Weipzig, referierte. Nach dessen Ausführungen sind schon im Sommer, als der Geschäftsgang noch ein sehr guter war, den Stuhlmonteuren nicht weniger als 24 bis 35 Prozent abgezogen worden. Vor ungefähr drei Wochen wurde auch in der Dreherei auf 8 Gegenstände eine Lohnreduktion von 10 bis 50 Prozent vorgenommen. Endlich wurde dann noch bei der letzten Lohnzahlung bei den Tischschloßern, und zwar auf 19 Gegenstände, der Lohn von 10 bis 50 Prozent gekürzt. Trotz dieser Lohnreduktionen soll der Wertmeister behauptet haben, es werde noch 10 Prozent mehr bezahlt. (Das soll sich auf die Roscherse Fabrik beziehen, weil dort feinerzeit ebenfalls 10 Prozent abgezogen worden sind.) Auch die Stundenlöhne sind niedrig. So erhalten Schloffer und Dreher 18 bis 23 Pf., nur vier Ausnahmen gibt es, die 25 bis 30 Pf. erhalten. Die Ventilation ist sehr schlecht beschaffen. Beim Reinigen wird viel Staub aufgewirbelt, weil man nur Wasser und keine Sägespäne benützt. Die Gänge sind trotz ihrer Enge noch sehr oft durch Gipsstücke beengt, so daß leicht Unglücke passieren können. Ein empfindlicher Unfall ist, daß der ganze Durchgangsdampf im Sommer durch den ganzen Betrieb hindurchgeht, im Winter genügt dieser Dampf nicht, da müssen die Arbeiter halb erfrieren. Die Lohnauszahlung erfolgt erst Sonnabends nach Feierabend, so daß die letzten Arbeiter oft erst 1/2 Uhr die Fabrik verlassen können. In der Debatte wurden noch von verschiedenen Arbeitern Beschwerden vorgebracht. — So wurde bemängelt, daß keine Waschrichtung vorhanden ist. Die Arbeiter haben sogar 25 Pf. Strafe bekommen, wenn sie sich 5 Minuten vor Feierabend waschen. Beim Schulfest wurde allen, die gefehlt hatten, 50 Pf. Strafe gekürzt, es wurde auch verschiedene gefündigt. Zuspätkommen wird mit 10 Pf. bestraft. Wenn aber die Arbeiter auf Material warten müssen, bekommen sie nichts. Lohnabzüge für angeblich verdorbene Arbeit in der Höhe von 2 bis 3 M. sind schon vorgekommen, trotzdem die Arbeiter sehr oft nichts dafür können. Aus der Versammlung ging schließlich ein Antrag ein, Kollege Haack solle mit Herrn Thiele verhandeln, damit sie wenigstens etwas erreichen. Haack lehnte das vorläufig ab. Erst müßten sich die Arbeiter der Organisation anschließen. Die Versammlung erklärte sich schließlich gegen wenige Stimmen damit einverstanden. Zum Schluß kam es noch zwischen Genossen Haack und den Vertretern der Hirsch-Daudersche Fabrik zu einem kleinen Kontrakt, weil diese in provokierender Weise zum Beitritt in den Gewerbeverein aufforderten. Hoffentlich werden die Thiele'schen Arbeiter sich nun der Organisation anschließen; denn nur eine straffe Organisation ist imstande, hier Besserung zu schaffen. Das sollten auch die böhmischen Arbeiter, die in der Fabrik arbeiten, bedenken.

Werbelt. Auch hier in Werbelt scheint es unter den Kollegen dünnner zu wollen. Vor einigen Wochen wurden die Schlossbauer der Firma Roden (Aktiengesellschaft) mit Lohnabzügen bedacht; die Firma versuchte bei verschiedenen Schloßpartikeln neue Einrichtungen zu treffen, zum Beispiel Gimmern der Bleche, Aufnieten der Pfeife auf die Decke u. s. w. Die Abzüge, die gemacht werden sollten, waren derartig, daß die Arbeiter mindestens ein Drittel ihres seitherigen Verdienites hätten einbüßen müssen, während die Fabrikanten, ohne irgend welche technische Einrichtungen nötig zu haben, einen sehr netten Extraverdienst erzielt hätten. Hier jedoch hatte die Firma die Rechnung ohne die Arbeiter gemacht. Die Schlossarbeiter bei Roden sind schon seit längerer Zeit unter allen Werbelter Firmen die bestorganisierten. Aus diesem Grunde waren die Kollegen auch nicht gewillt, sich diese Abzüge gefallen zu lassen. Da sie von den Vorgesetzten der Firma nicht gehört wurden, legten sie die Angelegenheit in die Hände unserer Ortsverwaltung. Von dieser wurden auch sofort die nötigen Schritte unternommen. Die anberaumten Werkstellerversammlungen waren überaus stark besucht, die 45 in Frage kommenden Affordarbeiter waren sämtlich anwesend. Eine Werkstellerkommission sollte vorstellig werden, wurde aber vom Direktor in schmerzlicher Weise zurückgewiesen. Die Situation war eine sehr ernste geworden, der Kampf schien unaussprechlich zu sein. Die Bezirksleitung wurde sofort telegraphisch davon in Kenntnis gesetzt. Am Nachmittag erschien Kollege Wallbrecht, um eine Unterhandlung in die Wege zu leiten. Doch auch dieser wurde von Herrn Roden mit den Worten abgelehnt: Er brauche keinen Vormund. Am Abend fand eine Werkstellerverammlung statt, die sehr stark besucht war. Nicht nur sämtliche Schlossbauer, sondern auch eine sehr große Anzahl an Tagelohn beschäftigter Arbeiter, wie Presser, Pader, Stempelmacher u. s. w. waren erschienen, die alle gerufen waren, ein Zeugnis ihres Solidaritätsgefühls abzugeben. In dieser Versammlung wurde in geheimer Abstimmung mit allen gegen zwei Stimmen die Entschlossenheit der Kündigung beschlossen. Ein Vertreter der Firma, ein bei den Arbeitern im allgemeinen sehr beliebter Herr, wünschte Einlass in die Versammlung, was ihm gestattet wurde. Er erklärte im Auftrag der Firma zu kommen, um eine Unterhandlung nachzusuchen. Selbstverständlich erklärte sich der Bezirksleiter wie auch die Ortsverwaltung sofort dazu bereit. Die Firma machte auch annehmbare Konzessionen. Eine am nächsten Tage abgehaltene Werkstellerverammlung bestätigte sich mit den durch die Unterhandlung erzielten Resultaten. Einige wesentliche Verbesserungen wurden von den Arbeitern noch extra verlangt, die vom Vertreter der Firma anerkannt wurden. Einstimmig wurden dann per Stimmzettel die Differenzen als beigelegt betrachtet. — Abends 8 Uhr fand im großen Saale der Waldeslust eine öffentliche Versammlung statt, die überaus stark besucht war, und in welcher Kollege Wallbrecht über die Differenzen und ihre Erledigung referierte. Nach einer zugunsten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes angenommenen Resolution wurde die Versammlung vom Vorsitzenden Höbel mit einem dreimaligen brausenden Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband geschlossen. — Den Werbelter Arbeiter müßten wir, wie so oft schon, auch jetzt wiederum zum Dank hin zu die Organisation, in den Deutschen Metallarbeiter-Verband! Scheut nicht diese geringen Bogenbeiträge, diese 40 Pf. bekommt ihr doppelt und dreifach wieder zurück. Fragt eure Kollegen bei Roden, sie werden den Verband so schätzen wissen. Hand aus Herz, Kollegen, ist es euch nicht so oft schon noch bedeutend schmerzlicher gegangen? Denkt zurück an die letzten Jahre, nicht nur mit fünf und zehn Prozent, nein, mit vierzig bis fünfzig, ja, sogar mit sechzig Prozent Abzug haben euch die Unternehmer bedacht. Die Unternehmer haben es verstanden, die schlechte Geschäftskonjunktur für sich auszunutzen, sie konnten euch das bieten, ihr waret ja nicht organisiert. Und, Kollegen, ist es heute anders? Lohnabzüge über Lohnabzüge. Verschlechterungen über Verschlechterungen müßt ihr aber euch ergehen lassen. Und nicht nur den Schlossbauern ergeht es so, sondern allen, Formern wie Schleifern, Pressern wie Stempelmachern, auch allen wird schließlich noch die Haut über eure Köpfe gezogen. Das muß endlich einmal aufhören! Kollegen, ihr dürft nicht mehr wegschauen, wie man eure ohnehin schon erbärmliche Lage immer noch mehr verschlechtert. Denkt an eure Zukunft, denkt an eure Familien! Ihr seid es euch und euren Angehörigen, ihr seid es der ganzen Menschheit schuldig, euch einer Haut zu wehren. Also, hin zu unserer Organisation, in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Jahrg-Victoria. Hirsch-Daudersche Frabrierei. In Nr. 45 des Regulators befindet sich ein Bericht des Hirsch-Dauderschen Bezirksleiters Hampel in Gleiwitz. Der Herr berichtet da, daß der Gewerbeverein in Jahrg seit einem fastjährlingen Bestehen des Ortsvereins auf nicht über 100 Mitglieder gestiegen sei. Nach Angabe der hiesigen Mitglieder des Ortsvereins sind bis heute 50 bis 60 vorhanden. Nun, man weiß ja zu Genüge, daß die Hirsche es mit

den Zahlen niemals genau nehmen. Dann berichtet Herr Hampel vom Kollegen Schellens, der früher Vorsitzender des Metallarbeiter-Verbandes gewesen sein soll und nun zu den Gewerbevereinnern übergetreten sei. Wir fragen zuerst den Herrn Schellens: Da wir hier noch keine Verwaltungsstelle hatten, wer hat ihn dann eigentlich zum Vorsitzenden gemacht? Herr Schellens ist ein Mann, der sich eingebildet hat, er könnte im Metallarbeiter-Verband eine Stellung zu bekommen, die ihm den baronmäßigen Lebensunterhalt einbringen würde. Da dies aber bei uns nicht möglich ist, so hat er uns den Rücken gefehrt. Er hat sogar versucht, den bisherigen Vertrauensmann als unehrlich hinzustellen, was ihm aber durch die Revision unseres Bezirksleiters widerlegt wurde. Zur Charakteristik des Schellens sei nur noch angeführt, daß er sich unseren Kollegen gegenüber geäußert hat: „Ich bin ja nur zum Schein bei den Hirschen, wenn ich meine Brüder alle habe, so komme ich mit der ganzen Klasse zu euch.“ Das aber alles nur deshalb, weil er sich im Gewerbeverein nicht mehr sicher fühlt. Denn seine Kollegen haben ihn dort auch schon kennen gelernt. Er hat sich in die höchste Klasse der Krankenkasse einschreiben lassen, und weil er jetzt eine längere Freiheitsstrafe antreten sollte, ist er, nachdem schon der rote Zettel in seiner Wohnung war, ins Lazarett gegangen und läßt sich's dort nach seiner Art gut gehen.

Rundschau.

Streikprozesse.

„Und will sich nimmer erschöpfen und leeren!“ So kann man wahrlich ausrufen, denn die Streikprozesse in Berlin dauern fort. Der Feilenhauer Jaage stand vor dem Schöffengericht; er soll beim Feilenhauerstreik im Sommer Arbeitswillige belästigt und durch Drohung und Ehrverletzung zur Beteiligung am Streik zu bewegen gesucht haben. Die Beweisaufnahme ergab nun folgendes: Jaage hatte zu einem Kollegen beim Vorübergehen der Arbeitswilligen Brüder Piottel in bezug auf einen dieser Brüder geäußert: „Das ist auch einer von denen.“ Hierauf dreht sich die Brüder um, packten Jaage und schlugen ihn in roher Weise, indem einer ihm den Kopf niederdrückte und ihm Faustschläge ins Gesicht versetzte, während ihn der andere mit einem Gummischlauch bearbeitete. Auch bedrohten sie die Umstehenden mit einem Revolver. Beide befanden vor Gericht außerdem noch, daß ihnen von Schutzleuten der Rat gegeben worden sei, sich derartig zu bewaffnen und den Streikenden gegenüber von diesen Waffen nötigenfalls auch Gebrauch zu machen. Der Angeklagte Jaage hat nun zwar gegen die beiden waffenstolzen Prügelhelden sofort Strafantrag wegen Mißhandlung und Körperverletzung gestellt, doch ist bisher gegen keine Peiniger auf der Anklagebank wegen „Belästigung“ dieser Leute Platz nehmen müßte. Wegen des durch die Belästigung verübten groben Unfugs wurde er denn auch freigesprochen. Dagegen erblühte das Gericht in der Äußerung „das ist auch einer von denen“ eine Ehrverletzung und verurteilte Jaage deswegen zu drei Tagen Gefängnis. Wegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden.

Der Schlosser Magnus soll anlässlich des Streikes bei Mehlisch groben Unfug verübt haben, wegen dessen er sich vor dem Schöffengericht zu verantworten hatte. An einem Tage waren fünf der Streikposten sifiert und im grünen Wagen nach dem Polizeipräsidium gebracht worden. Beim Einsteigen sagte einer von ihnen unter Zustimmung der übrigen zu dem neben ihm Angeklagten: „So werden erliche Arbeiter nach dem Alexanderplatz gebracht.“ Dieser erwiderte: „Wirklich traurig genug.“ Der als Zeuge geladene Schumann will aber außerdem noch vom Angeklagten die Worte gehört haben: „Laßt euch das nicht gefallen“, und in diesen Worten wurde von der Anklagebehörde der grobe Unfug erblickt. Da alle übrigen Zeugen aber von den intimierten Worten nichts gehört hatten, so plädierte der Verteidiger für Freisprechung. Eine Verurteilung könne auch nicht erfolgen, selbst wenn der Angeklagte jene Worte gebraucht hätte, weil in dem Ausdruck unter Berücksichtigung der ganzen begleitenden Nebenumstände noch keineswegs die Kriterien des groben Unfugs liegen. Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Verteidigers an und erkannte auf Freisprechung.

Ebenfalls freigesprochen wurde der Schlosser Bischof. Auch dieser war, wie Duzende anderer Metallarbeiter, beim Mehlisch'schen Streike als Streikposten sifiert und mit einem Strafmandat über 50 M. bedacht worden. Wie gewöhnlich, so mußte auch in diesem Falle der als Zeuge geladene Schumann zugeben, daß der Angeklagte sich in seiner Weise einer gesetzlichen Verletzung schuldig gemacht habe, sondern laut Instruktion lediglich deshalb fortgemessen und, als er nicht ging, verhaftet wurde, weil er Streikposten gehalten hatte.

Vor der achten Strafkammer des Berliner Landgerichts hatten sich ferner die Schlosser Killefitt, Reichow und Kessel zu verantworten, weil sie anlässlich des Feilenhauerstreikes im Mai dieses Jahres nach Befundungen von Polizeibeamten Arbeitswillige belästigt haben sollten und der Aufforderung, sich vom Streikort zu entfernen, nicht sogleich Folge leisteten. Alle drei sind damals sifiert worden und erhielten als Zugabe zu ihrer Verhaftung noch jeder ein Strafmandat über 30 M. Das Schöffengericht hatte seinerzeit die Strafe bestätigt, obwohl erwiesen war, daß die Arbeitswilligen von den Streikposten nur in ruhigen Tone angesprochen und auf den Streik aufmerksam gemacht worden waren. Die gegen das Urteil eingelegte Berufung hatte Erfolg. Die Beweiserhebung der Strafkammer erstreckte sich hauptsächlich auf die Feststellung, ob während des Streikes etwa Unruhen, Ausschreitungen und Belästigungen seitens der Streikenden verübt worden seien. Schlossermeister Freje als Zeuge betraute, von irgend welchen Ausschreitungen oder Unruhen nichts wahrgenommen zu haben. Die darauf vernommenen Schutzleute sagten übereinstimmend aus, sie hätten die Arbeitswilligen von den Streikenden begleitet sein müssen, weil diese von den Streikenden belästigt worden wären. Auf die Frage des Vorsitzenden, worin denn diese Belästigungen bestanden hätten, erwiderten die Beamten, die Arbeitswilligen seien von den Streikenden angesprochen worden, indem sie ihnen sagten, bei Freje würde gestreikt. Als darauf der Vorsitzende weiter fragte, ob sie denn in der bloßen Rede schon eine Belästigung erblickten, antworteten die Beamten mit einem lauten „Ja“, deswegen eben hätten sie die Streikposten gerade fortgemessen und, als jene nicht gehen wollten, sifiert. Daß die Angeklagten oder andere Streikposten sich sonstige auffällig benommen, Unruhen gestiftet, Aufläufe verursacht oder sonst in irgend einer Art gegen gesetzliche Anordnungen verstoßen haben, mußten die Beamten verneinen. In Übereinstimmung mit der Anträgen des Verteidigers erkannte das Gericht auf kostenlose Freisprechung. Begründend führte der Vorsitzende aus: Durch die Zeugenaussagen sei erwiesen, daß während der Dauer des Streikes von den Anständigen keinerlei Störung oder Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung vorgekommen sei. Die Sifizierung der Angeklagten sei in unzulässiger Weise lediglich deshalb erfolgt, weil die Streikposten gelanden haben. In der bloßen Rede der Arbeitswilligen und deren Aufmerksamkeit auf den Streik könne eine Belästigung nicht erblickt werden. Anders würde die Sache dagegen liegen, wenn vorher wirklich Ungehörlichkeiten irgend welcher Art von den Streikenden verübt worden wären, denn dann würde die Aufforderung oder strikte Anweisung an die Streikposten, sich zu entfernen, als eine zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung erforderliche Vorbeugungsmaßregel zu betrachten gewesen sein. Da diese Vorbeugungsmaßnahmen hier aber völlig fehlten, so habe auf Freisprechung erkannt werden müssen.

Als gleichen Gründen wurde am selben Tage auch der Schraubendreher N. Lehmann vom Schöffengericht freigesprochen, der bei dem letzten Metallarbeiterstreik unter ähnlichen Verhältnissen wie im vorigen Falle polizeilich sifiert worden ist und dann ein Strafmandat erhalten hatte. Auch hier vernachte der als

Zeuge geladene Schumann über ein irgendwie ungeschickliches oder auch nur unziemliches Verhalten der Streikenden absolut nichts zu bekunden.

Ein Jahr Gefängnis wegen „Streikterrorismus“. In Breslau wurde neuerdings der Gauleiter des Holzarbeiter-Verbandes, Genosse Hermann Schmidt, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Das „Verbrechen“, dessen er sich schuldig gemacht, war folgendes: Schmidt traf, als er aus dem Bureau einer „geperzten“ Baufirma kam, einen Arbeitswilligen. Er redete diesen an: „Wißt Du auf dem geperzten Bau arbeiten?“ Darauf die Antwort: „Das kann doch jeder machen wie er will.“ Schmidt entliefte: „Nun, es ist gut, dann werde ich das in der Versammlung bekannt geben.“ Dies der ganze Vorgang, der mit drei Monaten Gefängnis gebüßt werden muß! Zu gleicher Zeit wurde der Zimmerer Hönisch zu neun Monaten Gefängnis verurteilt; er hatte nach einem Arbeitswilligen einen Stein geworfen und damit zu verlegen. Der Staatsanwalt, nach dessen Antrag die Verurteilung erfolgte, hatte bedauert, nicht noch härtere Strafen in Antrag bringen zu können. Zwei Breslauer Gewerkschaftsführer sitzen nun im Gefängnis. Der Gauleiter der Maurer hat vor nicht langer Zeit erst einen Monat abgehüßt. Wenn das so weiter geht, befindet sich bald kein Breslauer Gewerkschaftsführer mehr in Freiheit!

Theorie und Praxis.

In der Nähmaschinen- und Fahrradfabrik von Seidel & Naumann wurde an der Ankündigungstafel folgende Bekanntmachung erlassen:

In nächster Zeit trifft wieder eine Sendung Kaffee aus Hamburg, 4 Pfund 1.20 und 95 Pf., ein. Bestellungen sind bis spätestens Sonnabend im Lohnkontor zu bewerkstelligen.

Dieser Kaffeehandel eines Angestellten der Firma Seidel & Naumann ist, wie die Sächsl. Arbeiterzeitg. mitteilt, eine alte Einrichtung. Es wäre ganz interessant, einmal zu erfahren, ob er nur im Interesse einer Versorgung der Arbeiter mit billigerem oder besserem Kaffee wird, oder ob eine Privatperson etwa einen Gewinn dabei hat. Jedenfalls macht dieser Handel den Dresdener Kaffeehändlern Konkurrenz. Interessant ist nun, daß es ein Dresdener Stadtvorordneter, der bei Seidel & Naumann angestellte Kaufmann Baumann, ist, der den Handel betreibt. Früher unterzeichnete er die fraglichen Bekanntmachungen; das hat er diesmal nicht getan. An sich ist ja die Sache ganz belanglos. Von öffentlichem Interesse wird sie aber dadurch, daß der Mann, der den Kaffeehandel betreibt, derselbe ist, der als Stadtvorordneter im Stadtvorordnetenrat gegen die Konsumvereine wettert, sich als Vertreter des Mittelstandes, besonders des Kleinhandels gibt. Er handelt also als Privatmann und unter Benützung seiner Stellung in der Fabrik den Grundrissen direkt entgegen, die er als Vertreter der Stadt wiederholt und demonstrativ aufstellt. Den städtischen Arbeitern verbietet er, einem Konsumverein anzugehören — den Arbeitern der Fabrik, in der er eine bevorzugte Stelle einnimmt, gegenüber tut er aber genau das Gegenteil, was der Konsumverein tut!

Amerikanisch.

Ein amerikanisches Blatt schreibt über die gewerkschaftlichen Organisationen in folgender Weise:

- Die gewerkschaftlichen Organisationen bezwecken die Befreiung aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit.
Die gewerkschaftlichen Organisationen verkürzen die Arbeitszeit und verlängern das Leben.
Die gewerkschaftlichen Organisationen steigern die Löhne und vermindern den Hunger.
Die gewerkschaftlichen Organisationen fördern die Aufklärung und kämpfen gegen die Finsternis.
Die gewerkschaftlichen Organisationen entwickeln die Mannhaftigkeit und stellen das Schlechte um.
Die gewerkschaftlichen Organisationen stärken die Brüderlichkeit und erziehen das Zielbewußtsein.
Die gewerkschaftlichen Organisationen erziehen zur Freigiebigkeit und bekämpfen den Geiz.
Die gewerkschaftlichen Organisationen verbreiten die Solidarität und vertreiben den Kastengeist.
Die gewerkschaftlichen Organisationen fireben nach Recht und schaffen das Unrecht ab.
Die gewerkschaftlichen Organisationen wirken „hier“ und auch „dort“ mit Fleiß und Gefühl und machen die Welt besser!
Darum sollen alle Lohnarbeiter organisiert sein.
Denket an die Vergangenheit und rechnet mit der Zukunft, jeder soll wissen, wo er zu stehen hat.
Vereinigt euch und agitiert für euer eigenes Werk.
Wartet nicht auf morgen, denn morgen kommt wieder Not.
Wartet auf niemand, der für euch handeln möchte, sondern handelt selbst.
Läßtet nicht die Indifferenten, sondern erweckt sie zum Bewußtsein.
Glaubt nicht, daß es unmöglich ist, uns aus dem Joch zu befreien. Die Macht der organisierten Arbeiter beweist das Gegenteil.
Verzagt nicht an unserem Streben, dann werden wir siegen.

Vom Ausland.

Österreich.

Die Budapestener Eisenmöbelarbeiter haben ihren Lohnkampf mit einem vollen Erfolg beendet. Ihre Forderungen wurden vollständig bewilligt. In Ungarn stehen die Eisenmöbelarbeiter in mehreren anderen Städten in Lohnbewegungen, die alle den Zweck haben, die in Budapest durchgesetzten Forderungen zu erreichen. — In mehreren Schleifereibetrieben Wiens haben die Schleifer schöne Erfolge erzielt. — Die Gürtler und Bronzearbeiter der Krakauer Firma Jaska stehen im Streik. — In der Grazer Fabrik der Firma Darrkopff & Co. — das Stammhaus hat in Deutschland große Fabriken — droht ein erster Kampf auszubrechen. Die Arbeiter fordern die in schon sehr vielen Betrieben eingeführte anderthalbstündige Mittagspause, welche von der Betriebsleitung noch nicht zugestanden wird. Es dürfte sehr wahrscheinlich zu einem größeren Ausstand kommen.

Belgien.

Der fünfte belgische Gewerkschaftskongress findet während der Weihnachtsfeiertage in Maison du Peuple zu Brüssel statt. Die provisorische Tagesordnung sieht folgende Punkte vor: 1. Das Organ der Gewerkschaftskommission (Journal des Correspondances); 2. Internationaler Kongress in Amsterdam; 3. Minimallohn; 4. Pflichten und Rechte der Angestellten der (syndikalistischen) Genossenschaften; 5. Arbeitslosigkeit und kommunale Unterstützung; 6. Ausdehnung der Gewerbegehalte auf alle Lohnarbeiter.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

(S. 5. 29).

Abrechnung der Hauptkasse pro Oktober 1903.

Table with columns: Einnahmen, Ausgaben, Kassenbestand. Lists various locations and amounts for October 1903.

Table with columns: Ort, Betrag. Lists numerous locations and their corresponding monetary amounts.

Ausgabe:

Table with columns: Ort, Betrag. Lists numerous locations and their corresponding monetary amounts.

Table with columns: Einnahmen, Ausgaben, Kassenbestand. Summary table for the section.

Abrechnung über den Unterstützungs- und Agitationsfonds.

Table with columns: Einnahmen, Ausgaben, Kassenbestand. Summary table for the fund.

Braunschweig, den 23. November 1903.

Chr. Ostermann, Beisitz. 5.

Revidiert und für richtig befunden: B. Bremer, L. Paul, C. Wedde.

Kiel. Eine kürzlich im Englischen Garten dahier abgehaltene

Konferenz der Verwaltungsbeamten der 13. Wahlabteilung wählte den Kollegen Gehlo als Obmann der 13. Wahlabteilung. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte der Kollege Gehlo den Zweck und Nutzen der Konferenzen; wenn auch keine bestimmten Beschlüsse für die Kasse gefasst werden, so tragen sie doch zur gegenseitigen Aufklärung der Filialbeamten bei. Die Tagesordnung war: 1. Anrede über die Lage der Kasse und unser Statut; 2. die Maßnahmen des Vorstandes; 3. Bericht des Vorstandes. Zunächst wurden die Berichte aus Dresden und Berlin aus der Metallarbeiter-Zeitung Nr. 32 und 34 verlesen. In der Diskussion wurde von mehreren Rednern angeführt, daß wohl Fehler vorkämen, der Hauptvorstand aber nicht immer die Schuld hätte, vielmehr wäre viel darauf zurückzuführen, daß verschiedene Filialvorstände sich ihrer Aufgabe nicht voll und ganz bewußt wären und durch ihr Misgehenlassen recht erhebliche Kosten entstehen. Um eine große Zahl Mitglieder zu erhalten, werde manches übersehen, was der Kasse zum Schaden ist; die sogenannte Prozentenjägerei spiele da eine Rolle. Wenn der Hauptvorstand Auskunft über Mitglieder verlangt, so wird er sehr oft recht schwer von der betreffenden Stelle abgewiesen. Dieser Umstand wird von der Mehrzahl der Anwesenden anerkannt. Um eine Verbesserung herbeizuführen, wird vorgeschlagen, den Ausführungen des Kollegen Gehlo als Präsident beizustimmen und dahin zu streben, in großen Industriezentren die vielen Filialen aufzugeben und große Zahlstellen zu gründen, so wie es im Metallarbeiter-Verband in vielen Städten geschehen ist. Würden Kassenbeante ange stellt, die sich der Sache ganz widmen könnten, so würde eine viel intensiveren der Kasse nur zum Vorteil gereichende Tätigkeit eintreten. Auch würde es für die Kasse zum Vorteil sein, wenn der § 5 unseres

Statuts dahin geändert würde, daß der Kasse jeder Arbeiter beitreten könnte, der nicht älter als 40 Jahre ist und durch ein von dem Vertrauensrat der Kasse ausgestelltes Attest seine völlige Gesundheit nachweist sowie unser Statut anerkennt. Wir würden dadurch den sogenannten Schwindelkassen bedeutend Abbruch tun. Denn was den Passus betrifft, daß jeder in der Metallindustrie beschäftigte Arbeiter beitreten kann, so ist er doch undurchführbar. Heute arbeiten die Arbeiter auf den Werften und sind berechtigt einzutreten, morgen in der Pulverfabrik, am Hafen, oder machen Erdarbeiten oder sonst was. In der Kieler Filiale sind Bauarbeiter, Fleischer, Hafensarbeiter u. s. w., sie alle waren aber zur Zeit ihrer Aufnahme Metallarbeiter und waren berechtigt, Mitglieder unserer Kasse zu werden. Der Vorschlag wird von den Anwesenden nicht akzeptiert, sondern die Meinung ging dahin, die anderen Filialen sollten in der Sache erst den Anfang machen. Auch wird die Befürchtung ausgesprochen, daß, wenn unsere Kasse alles aufnehmen würde, sich die Kassenmarder bei uns einschleichen würden. Zu Punkt 2 wurde dem Vorschlag, vor der Generalversammlung eine Statutenberatungskommission zusammen zu berufen, nicht zugestimmt, sondern sämtliche Redner sprachen sich dagegen aus, die Statuten sollen das Ergebnis der Beratung der Generalversammlung sein. Ferner sollen die Delegierten dahin freiber, daß in die Kommissionen junge Blut hinein gebracht wird. Im Verlesenen wurden einige lokale Sachen erledigt. Mit dem Wunsche, daß die nächste Konferenz, die in Garmisch stattfindet, ebenso zahlreich besucht werden möge, schloß der Vorsitzende die Verhandlung.

Literarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Dießl. Verlag) ist soeben das achte Heft des 22. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die preussischen Landtagswahlen. Von Karl Rautsky. — Der wissenschaftliche Sozialismus und J. Diehgens Erkenntnistheorie. Von Eugen Diehgen. — Zum Prozeß Bisse. Von Rudolf Kraft. — Sozialdemokratie und Liberalismus in Dänemark. Von Gustav Bang. — Der Niedergang der britischen Industrie. Von Th. Rothstein-London. (Fortsetzung.) — Staatslehrwerkstätten. Von Julius Deutsch, Wien. — Notizen: Ein Rückgang des Münchener Bierkonsums. Von W.

Kautsky und die soziale Revolution. Einem Arbeiters Kritik der Rautskyschen Broschüren: „Die soziale Revolution“ und „Am Tage nach der sozialen Revolution.“ 32 Seiten. Preis 25 Pf. Verlag: Buchhandlung der Bergischen Arbeiterstimme, Solingen.

Die Volksküche wie sie sein soll. Von Otto Stähle. Preis 30 Pf. Buchhandlung des Vorwärts, Berlin.

Arbeitergesundheitsbibliothek. Unter diesem Titel werden im Verlag des Vorwärts, Berlin, eine Anzahl Hefte erscheinen. Das erste Heft behandelt: Die erste Hilfe bei Unglücksfällen, von Dr. Christeller. In allgemeinverständlicher Form erteilt der Verfasser lehrreiche Unterweisungen für die Befandlung Verunglückter, die durch 9 Illustrationen anschaulich gemacht werden. Der Preis für das erste Heft beträgt 20 Pf.

Inhalt von Nr. 48.

Arbeiterbewegung und Klassenkampf. — Ein Betriebsunfall und seine Folgen. — Die Kritik in der italienischen Metallindustrie. — Schmaragdereien der Eisen-Zeitung. — Abkinnig! — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung. — Aus den Agitationsberichten: 6. Bezirk. — Aus der Metallindustrie. — Korrespondenzen. — Rundschau: Streikprozeß. Ein Jahr Gefängnis wegen „Streikterrorismus“. Theorie und Praxis. Amerikanisch. — Vom Ausland: Österreich, Belgien. — Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (S. 5. 29): Abrechnung der Hauptkasse pro Oktober 1903. Abrechnung über den Unterstützungs- und Agitationsfonds. Korrespondenz aus Kiel.

Verbands-Anzeigen

- Mitglieder-Versammlungen.
(Die in allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.)
Altenburg. Samstag, 5. Dezember, abends halb 9 Uhr, bei Bahl, Zimmerstr. 19.
Düsseldorf. Samstag, 5. Dez., abds. 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Düsseldorf (Klempner und Installateure). Sonntag, 6. Dezember, bei Budde, Hafenstraße.
Durlach. Samstag, 5. Dez., abends halb 9 Uhr, im „Alten Fritz“.
Eberfeld (Klempn. u. Installateure). Sonntag, 6. Dez., vormittags halb 11 Uhr, bei Jungbladt, Neustra. 1.
Eibing (Allg.). Samstag, 5. Dez., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, kleine Hiesgassestraße.
Erfurt (Klempn.). Samstag, 5. Dez., abends 9 Uhr, im „Tivolli“.
Eisen-Altendorf. Samstag, 5. Dez., abends 8 Uhr, bei Droschke.
Eisen-Höfsterhausen. Sonntag, 6. Dez., vorm. 11 Uhr, bei Heim.
Frankenberg. Samstag, 5. Dez., abends halb 9 Uhr, im „Lamm“. Jagelstein.
Frankenthal. Samstag, 28. Nov., abends halb 9 Uhr, bei Wargand, Welschgasse 33. Vortrag: Die Vorläufer der heutigen Gewerkschaftsbewegung.
Frankfurt a. M.-Bodenheim (Allg.). Samstag, 5. Dezember, im Gewerkschaftshaus.
Bezirk Bornheim. Jeden ersten Montag im Monat, bei Kerber, Almsburgerstr. 16.
Bezirk Weisen. Jeden zweiten Montag im Monat, bei Wenzel, Höckerstr. 64.
Bezirk Oberad. Jeden zweiten Montag im Monat, im Saunus, Offenbacherstraße 243.
Freiburg i. B. Samstag, 5. Dez., abends 8 Uhr, bei Schwante.
Freidland i. W. Samstag, 5. Dez., abends 8 Uhr, bei Schwante.
Gersdorf. Jeden ersten Samstag im Monat, abds. 9 Uhr, h. Str. Peterßen.
Gerbisdorf. Sonntag, 5. Dezember, nachm. halb 5 Uhr, bei Hakenberg.
Glauchau. Samstag, 5. Dez., abds. halb 9 Uhr, im „Weissen Hof“.
Gleiwitz C./S. Jeden Sonntag vormittags von 11 bis 1 Uhr bei Peter Weisig, Jahrgerstraße.
Glogau (Schlef.). Samstag, 5. Dez., abends 8 Uhr, im „Weissen Hof“.
Görlitz. Jeden ersten Sonntag im Monat u. Siedelstr. 1. Hedenzbad.
Griesheim a. N. Samstag, 5. Dez., abends halb 9 Uhr, im „Maffauer Hof“. Vortrag.
Großsch. i. S. Samstag, 5. Dez., abds. halb 9 Uhr, i. b. „Grünen Lue“.
Grimberg. Samstag, 12. Dez., abds. halb 9 Uhr, im „Braunen Hirsch“.
Halberstadt. Samstag, 5. Dez., abends halb 9 Uhr, Watenstr. 63.
Hammeln. Samstag, 5. Dez., abends 9 Uhr, bei Uhrans, Papenstraße.
Hamm. Jeden Freitag nach dem 1. und 15. im Monat, bei Wüller, Köntzstr. 24.

